

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 38.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprechnummer 4423.

Düsseldorf, 21. September 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegramm-Adresse: Textilverband Düsseldorf

14. Jahrg.

Willkommen in Elberfeld!

Auf! Siehst Du sie ziehen, beängstigend lang,
Der Feinde siegtrunkene Scharen?
Fliegt hastig der Atem — Durchs Herz so bang
Fühl' wilder den Zweifel ich fahren.

Da tönt der Schlachtruf: Parole ist „Sieg!“
Hinweg mit dem Zweifel, zur Fahne! —
Wild tobte die Schlacht in dem heiligen Krieg;
Wir schworen Vernichtung dem Wahne.

Nun schau'n wir aus lichterem Höhen zu Tal,
Umfangen uns freiere Lüfte.
Hier steh' unser Tempel, ein warnendes Mal
Den neidischen Wohnern der Gräfte!

Wir bauten vereinigt. Wohl streck' sich in Wut
Manch' gierige Hand uns entgegen.
Wohl drängte der Rachsucht wildtösende Flut
Ein äzendes Gift allerwegen:

Wir standen, die Rechte zur Abwehr bereit,
Die Linke umklammert die Kelle,
Wir teilten in Arbeit und Abwehr die Zeit:
Zerschellt ist die boshafte Welle!

Nun raget der Einigkeit machtvoller Bau,
Ein Sinnbild dem köstlichen Frieden.
Auf, Kämpfer, zur friedlichen Waffenschau!
Nicht dürft ihr jetzt weichtlich ermüden!

Erklinge aufs neue der Schlachtengesang,
Doch nur als Gelöbntis der Treue:
Wenn feierlich rauschet der kraftvolle Klang,
Dann gebe der Frieden die Weihe!

Droht fürder ein Kampf uns: Wir stehen bereit,
Wir schwören aufs neue zur Fahne,
Gerechtigkeit heut uns ein sicher Geleit —
Es lebe das Recht! Tod dem Wahne! Ch. B.

Wiederum treten die von den Mitgliedern erwählten Verbandsdelegierten zusammen zu gemeinsamer Beratung über unseres Verbandes Wohl und Wehe. Diesmal in Elberfeld, der industriereichen, gewerbetätigen Stadt im Wuppertal. Nicht ohne Absicht hat der Zentralvorstand gerade sie zum Tagungsort bestimmt.

Das Wuppertal ist die Heimstätte wichtiger Textilprodukte. Hier werden vor allem erzeugt Band, Korbel, Lizen und Spitzen. In der Fertigstellung dieser Artikel genießt die Wuppertaler Textilindustrie einen Weltruf. Mit Recht schrieb „Der Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, in seinem gelegentlich der Generalversammlung dieses Verbandes gebrachten Begrüßungsartikel: „Auf dem Erdenrund kein Land, kein Volk, ohne vom Wuppertal zu beziehen. Und erst das zarte Geschlecht, es schwört aufs Wuppertal. Was wären die schönsten Kleider ohne das farbenprächtige Warmer Band, was die duftigsten und luftigsten Blusen ohne den Besatz von bergischer Spitze? Was wäre die Damenkleidung überhaupt, wenn es keine Warmer Artikel gäbe, die auf die „Damenwelt“, einerlei, ob weißer oder schwarzer, brauner oder roter Farbe, die gleiche Wirkung ausüben? Wir vermögen's gar nicht auszudenken.“ Im Wuppertal befinden wir uns also in einem der wichtigsten Zentren der Textilindustrie.

Merkwürdig! Massen hat unser Verband, hat überhaupt der christliche Gewerkschaftsgedanke hier keine aufzuweisen. Im Gegenteil. Das Wuppertal, und vor allem seine wichtigsten Industrieorte Elberfeld und Barmen, sind eine Domäne der Sozialdemokratie und der „freien“ Gewerkschaften. Hier im Wuppertal war es, wo schon Ferdinand Lassalle, der berühmte Vorläufer der Sozialdemokratie, wie ein Halbgott verehrt wurde. Und trotzdem! Auch das Wuppertal ist für unsern Verband historischer Boden. Am 7. April 1900 schon, also bevor unser Zentralverband existierte, entstand die Ortsgruppe Barmen mit 21 Mitgliedern. Am 14. September desselben Jahres bildete sich in Elberfeld der christlich-soziale Verein „Arbeiterschutz“. Er verfolgte auch gewerkschaftliche Ziele. Ihm schlossen sich u. a. auch eine Anzahl Textilarbeiter an. Den Bemühungen einiger weitläufiger Mitglieder des Vereins gelang es, später einen Beschluß herbeizuführen, durch den am 1. April 1903 27 Textilarbeiter dem mittlerweile gegründeten Zentralverband christlicher Textilarbeiter beitraten. Die Ortsgruppen der näheren Umgebung von Elberfeld und Barmen wurden fast alle in den Jahren 1903 bis 1905 ins Leben gerufen. Die christliche Textilarbeiterbewegung im Wuppertal hat also bereits mehr als ein Jahrzehnt hinter sich.

Doch, was wichtiger ist! Die Entwicklung unseres Verbandes im Wuppertal verkörpert so recht intensive, zielbewußte und unermüdlige Gewerkschaftsarbeit. Groß waren hier die zu überwindenden Schwierigkeiten. Gegen eine Welt von Gegnern hatte sich der christliche Gewerkschaftsgedanke durchzusetzen. Und er hat sich durchgesetzt! Weder der Ansturm der Genossen, noch das Mißtrauen der Unternehmer, noch die Schwierigkeiten, die ihm aus christlichen und nationalen Kreisen erwuchsen, vermochten seine Entwicklung zu hemmen. Das haben wir neben der Tätigkeit unserer Beamten vor allem auch der aufopfernden Treue und der Ausdauer unserer dortigen Kollegen zu verdanken.

Die zahlenmäßige Entwicklung unseres Verbandes im Wuppertal ist folgende: Ende 1905 zählte Barmen 200, Elberfeld etwa 150 Mitglieder. Ende 1906 betrug die Mitgliederzahl der dem Lokalsekretariat angeschlossenen Gruppen bereits 600. 1907 erfolgte die Anstellung eines Lokalbeamten. Das begünstigte wesentlich die Mitgliederentwicklung, so daß trotz der in den letzten Jahren herrschenden ungünstigen Konjunktur am 1. Juli 1912 in den erwähnten Gruppen schon 1731 Mitglieder vorhanden waren. Das Wuppertal

darf sich also, auch was die Mitgliederentwicklung anbelangt, jedem andern Verbandsbezirk ebenbürtig zur Seite stellen.

Und dann noch eins! Nachen, der Tagungsort unserer vorigen Generalversammlung, war eine rein katholische, Elberfeld dagegen ist eine vorwiegend evangelische Stadt. Ein großer Teil unserer Mitglieder im Wuppertal sind evangelischer Konfession. Die Veranstaltung der Generalversammlung in ihrer Mitte soll auch nach außen hin dokumentieren, daß die katholischen Mitglieder unseres Verbandes mit unerschütterlicher Treue an der Waffenbrüderschaft mit ihren evangelischen Kollegen festhalten, daß unsere Organisation fest entschlossen ist, ihren bisherigen interkonfessionellen Charakter zu wahren. Das zu dokumentieren haben wir nach den Vorgängen der letzten Zeit doppelt Veranlassung.

Das Wuppertal ist also wie geschaffen, die diesjährige Verbandsgeneralversammlung zu beherbergen. Lage ernster Arbeit stehen uns bevor. Mühe da der Fleiß und die Regsamkeit der Wuppertaler Bevölkerung, die intensive, aufopfernde Organisationsarbeit unserer dortigen Kollegen allen Delegierten als Vorbild vorzuführen. „Trotz einer Welt von Gegnern soll unsere Organisation groß und stark werden“, das sei auch unser aller Leitmotiv bei den Beratungen.

Groß und stark nach innen! Darum Erhöhung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Verbandes. Noch sind die Tage der Kämpfe nicht vorüber. Im Gegenteil! Sie brechen erst an. Gut gerüstet stehen auf der einen Seite die mächtigen Arbeitgeberverbände der Textilindustrie. Auf der anderen Seite haben wir mit der starken sozialdemokratischen Konkurrenzorganisation zu rechnen. Beiden gegenüber müssen wir uns durchsetzen. Dazu bedürfen wir in erster Linie einer finanzkräftigen Organisation. Darum keine Kleinlichen Bedenken! Keine zwar wohlgemeinte, aber kurzfristige Sparpolitik! Gemiß! Wir wollen von unsern Mitgliedern nichts verlangen, was ihre Leistungsmöglichkeit übersteigt. Aber im Rahmen dieser wollen wir einmütig und geschlossen für die finanzielle Stärkung des Verbandes eintreten. Dem Verbandsrat zur Ehr und den Mitgliedern zur Wehr.

Aber nicht nur groß und stark nach innen, auch groß und stark nach außen müssen wir werden. Noch ist das auf der Nachener Generalversammlung gesteckte Ziel nicht erreicht. Doch was nicht ist, das kann, oder besser, das muß noch werden. Die diesjährige Generalversammlung wird uns wiederum Mittel und Wege weisen, den Verband vorwärts zu bringen. Sie muß uns vor allem auch mit dem entschiedenen Willen befehlen, diese Mittel anzuwenden, die geeigneten Wege zu gehen. Wie von Nachen, so soll auch von Elberfeld aus ein Strom der Begeisterung in den entlegensten Verbandswinkel hineindringen. Dann wirds uns ein leichtes sein, tausende neuer Mitstreiter zu gewinnen.

Das sind die wichtigsten Aufgaben, deren Lösung wir von der Generalversammlung erwarten. Daneben wird sie sich noch mit den ebenso wichtigen wie schwierigen Fragen des Berufsarbeiterschutzes und der Stellung der Textilindustrie in der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik zu beschäftigen haben. Die hierfür vorgeesehenen Referate, wie auch die Diskussion werden den Delegierten nicht nur eine Fülle praktischer Anregungen vermitteln, sondern auch zur Vertiefung ihres theoretischen Wissens beitragen.

So sind denn alle Voraussetzungen für einen würdigen und für unsern Verband segensreichen Verlauf der Generalversammlung gegeben. Nach getaner Arbeit wird es auch an einigen Stunden der Erholung und des gemü-

lichen Zusammenfens nicht fehlen. Dafur borgt schon die bergische Gastfreundschaft und Kameradschaftlichkeit. Sie wird es zuwege bringen, den Delegierten den Aufenthalt im Wuppertal so angenehm wie m6glich zu machen.

M6ge denn auch die diesj6hrige Generalversammlung gleichsam eine neue Epoche der innern und 6ufern Entwicklung

unseres Verbandes er6ffnen. M6ge sie aber auch den Geist der Kollegialit6t in unsern Reihen neu entflammen, unsere Liebe und Treue zu unserer Organisation befestigen und in uns allen neue, opferwillige Begeisterung f6r die Verbandsache entfachen. In diesem Sinne rufen wir allen Delegierten zu:

Willkommen in Elberfeld!

Untersuchungen 6ber den „Arbeiter“.

Ein anderer Brief.

(Siehe den Brief in Nr. 36 dieser Zeitung.)

Liebe Kollegen!

Ihr werdet wohl schon davon geh6rt haben, da6 die Wissenschaft heute, nachdem sie alles durchforscht, was l6ngst tot und vermodert ist, endlich auch den Willen bekundet, die Zust6nde der heutigen Tage zu durchleuchten. Und zwar — das ist die Hauptsache — nicht nur die sachlichen, volkswirtschaftlichen und sozialen Zusammenh6nge, sondern auch die Menschen, die mitten unter ihnen stehen. So kommt man denn auch an uns, die Arbeiter, heran und will uns, d. h. unser Leben und Arbeiten, „studieren“.

Ihr l6chelt? Ich kann mir denken warum. Ihr meint, was geht es die gelehrten Herren an, was wir tun und wie wir uns einrichten. Die wollen uns nur ausforschen, ihre Neugierde befriedigen. Das ist ihr neuer Zeitvertreib, Spiel und Sport. Glaubt mir, ich kenne solche Denkweise und solche Empfindungen, wei6, woher sie kommen, und doch mu6 ich sie bedauern. Diejem Mi6trauen und dieser Unnahbarkeit, die ihr behelmdet, hat es jene vornehme und durchaus ernst zu nehmende wissenschaftliche Vereinigung, der „Verein f6r Sozialpolitik“, zu verdanken, da6 ihre Erhebungen 6ber die Probleme der Arbeiterpsychologie so d6rtige Ergebnisse geliefert haben. Der Verein hatte durch zahlreiche wissenschaftliche Kr6fte Laufende von Arbeitern der verschiedensten Berufe befragen lassen 6ber Herkunft, Ausbildung, Art der Arbeit, die Arbeitsverh6ltnisse im besonderen und ihre Wirkung auf K6rper und Geist, Orts- und Stellenwechsel, das Leben au6erhalb des Betriebs, Familie, Erholung, Lekt6re. Die Herren, die sich der Arbeit des Befragten unterzogen haben, haben teilweise sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Einer hat von 3500 Fragebogen, die er an Arbeiter vergeben hatte, nur 181, ein anderer von 1800 nur 173, ein dritter von 2500 nur 283 und ein vierter von 4000 Fragebogen ganze 100 St6ck zur6ckbekommen. Mancher hat schlie6lich als ausichtslos aufgeben mu6en. Die erdr6ckende Mehrheit der Arbeiterchaft verhielt sich durchaus ablehnend. Einige Herren und Damen haben versucht, den Einblick in die Arbeiterverh6ltnisse dadurch zu bekommen, da6 sie selbst in den Fabriken Arbeit nahmen, um unerkannt eigene Beobachtungen zu machen und auszufragen. Schlie6lich gelangten sie auch auf diesem Wege nicht zur rechten Wahrheit. Die Kollegen und Kolleginnen merkten ja doch, da6 da etwas nicht stimmte und machten sich ein Vergn6gen daraus, auf einfache Fragen die unm6glichsten Antworten zu geben —

„Na also!“ sagt Ihr. Die w6ren lang gewesen. Die gelehrten Damen und Herren w6chten gef6hlig ihre Nasen aus anderen Verh6ltnissen herauslassen. Gemacht! Seien wir vern6nftig und 6berlegen wir einmal, ob derartige Untersuchungen wirklich nur Neugierdehunger sind.

Niemand zieht sich gerne vor anderen Leuten aus. Und es gibt Dinge, die nicht einmal Freunde erfahren, die jeder mit sich selbst abmachen mu6. Wei6 ich. Aber um solche Dinge handelt es sich bei diesen Untersuchungen — ich denke jetzt nicht an die eines Herrn Dr. Revenstein, der viel von sich reden macht und sehr viel herumfragt — in der Regel nicht. Zugegeben sei auch, da6 es Fragen geben kann, deren Geh6ren uns nie und nimmer Vertrauen einfl66en kann, Leute, die taktlos sind und brutal und „mit sch6nigen Stiefeln in eines Menschen Seele steigen“. Demen gegen6ber haben wir allen Grund, uns zu verhielten. Aber es gibt wissenschaftliche Untersuchungen 6ber Lage und Leben der Arbeiterchaft, es gibt Fragen, wo das alles nicht zutrifft. Ich kann mir sogar denken, da6 einmal unsere gewerkschaftlichen Organisationen uns in aller Form auffordern, zu reden, wenn wir gefragt werden, ja sogar aufgefordert zu werden, auf da6 man erf6hre, wie es mit uns jetzt und was wir erh6ffen.

Sehen wir ein bi6chen um uns. In neuerer Zeit begegnen wir bedauerlich oft einer Auffassung im Lande, woran es allgemach genug sei der Sozialpolitik. Es gewinnt heute der Einwand an Ansehenskraft, sagte malangst der verdiente Vorsitzende der Gesellschaft f6r Soziale Reform, Freiherr v. Berlepsch, in einem Vortrag in Jena, da6 es wohl an der Zeit w6re, zu erw6gen, ob nicht schon genug oder vielleicht gar schon zuviel sozialreformiert sei; ob es nicht erforderlich w6re, eine Pause der Gesetzgebung in der Behandlung der Arbeiterfrage einzutreten zu lassen. v. Berlepsch wei6t den Einwand ab. Eine solche Behauptung, meint er, k6nne derjenige nur aufstellen, der annimmt, da6 sich

die Lage der Lohnarbeiter als Mitglieder der Gesellschaft und als Staatsb6rger bez6glich ihrer materiellen, ideellen, politischen und rechtlichen Lage so gestaltet habe, da6 sie allen billigen und verstandigen Anspr6chen gen6gt. So weit w6ren wir aber noch nicht. „Solange in vielen Betrieben noch 6berlange Arbeitszeit herrscht, solange Krankheit und Sterblichkeit der Lohnarbeiter noch die hohen Ziffern aufweisen, so lange durch die t6gliche lange Arbeitszeit der Frau das Familienleben gest6rt und zerst6rt wird, solange der Kindheit kaum Erwachsene in ihrer k6rperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung durch Art und L6nge der Arbeit bedroht sind, solange es noch gro6e Schichten der Lohnarbeiter gibt, die nicht in der Lage sind, durch ihrer H6nde Arbeit das zu einem ertr6glichen Leben Notwendigste zu verdienen, solange das Wohnungselend mit seinen grauenhaften Folgen fortbesteht, solange den Arbeitern das Recht abgesprochen wird, bei Regelung der Arbeitsbedingungen als gleichberechtigter Faktor aufzutreten, — solange k6nnen wir nicht anerkennen, da6 es nunmehr genug sei an Sozialreform.“ Soweit der fr6here preussische Handelsminister. Er wei6 es. Wie viele wissen es nicht und 6rtellen blo6 nach dem Schein und nach der Oberfl6che, meinen, weil es gut gek6hnte Arbeiterschichten und Beihilfentag gibt, w6re alles erledigt! Wollen wir sie davon 6berzeugen, da6 noch vieles fehlt, dann mu6en wir m6nchen, da6 Material geschaffen wird, aus dem Einzelheiten ersichtlich sind. Dann mu6en wir ihnen gestatten, tieferen Einblick zu gewinnen in unsere Arbeit, in unser Berufs- und Familienleben. Da m6gen sie am Beispiel sehen, wie viel L6den noch Klagen, wie viel Schmerz und Qual noch gekindert werden kann. Warum der Staat nicht m6de werden darf in sozialpolitischer Arbeit, nicht nachgeben darf denen, die aus Eigennutz l6ngst eine Schranke gesetzt haben m6chten, warum all die H6fkr6fte, die sich bislang um die Hebung der Arbeiterbev6lkerung bem6ht, die Arme nicht sinken lassen d6rfen.

Glaubt Ihr nicht, da6 Untersuchungen, wie sie der „Verein f6r Sozialpolitik“ eingeleitet hat, ganz und gar dazu angetan sind, Begr6ndungen zu liefern f6r weiteren sozialen Fortschritt! Ich habe diesen Glauben. Das Gr66te, das Elementare in der Sozialpolitik ist bis heute erreicht in Deutschland besser erreicht wie in irgend einem anderen Lande. Nun g6t es Feinarbeit zu leisten, Ma6nahmen zu treffen, die weder mit der Gewerbeordnung noch mit dem b6rgerlichen Gesetzbuch, noch mit irgend einem anderen Gesetzbuch etwas zu tun haben. Soziale Arbeit, die der freien Initiative aller Gutgesinnten vorbehalten sein wird. Sollen wir nicht mithelfen, die Urmaterialien zu derartigen sozialer Durchbildung unseres gesamten 6ffentlichen Lebens zu liefern? Ihr mu6t zugeben: Wir mu6en es.

Wir mu6en es aber auch aus einem anderen Grunde. Wir wollen doch nicht den Zustand unver6ndert wissen, da6 Volkschichten in unserem Vaterland nebeneinander einhergehen, die aufeinander angewiesen sind und zusammenwirken mu6en, ohne sich gegenseitig zu kennen. Der ganze marxistische Sozialdemokrat mag sich 6ber solchen Zustand freuen und ihn f6r nat6rlich halten. Das pa6t nicht in unsere Weltanschauung. Hat die Wissenschaft den ehrlichen Willen, das Leben der Arbeiterchaft, soweit es die Allgemeinheit interessieren mu6, blo6zulegen, dann haben wir die Pflicht mitzuhelfen, denn damit werden Grundlagen zu innerer Ann6herung unter den verschiedenen Volkschichten geschaffen. Ich sage mit Vorbedacht Grundlagen. Von der Kenntnis der Zust6nde einer Klasse, bis zum Willen sie zu bessern, und endlich bis zum Ziel, sind weite Wege. Aber, das werdet ihr doch zugeben: Wer von Besitz und Bildung einmal positiv wei6t, da6 wir Arbeiter keine „Arbeitstiere“ sind, keine Maschinen, sondern denkende und ringende Menschen, mit denselben Schicksalen, die dieselbe sittliche Kraftanstrengung, denselben Selbennut erfordern wie das Leben der Angeh6rigen anderer Volkschichten, dann ist der Weg zur Achtung und Wertung bald zur6ckgelegt.

Wer so den Menschen in uns ehrlich sucht, dem wollen wir Hilfe leisten, ihm uns er6ffnen, ihm nicht aus dem Wege geh6n. Geben wir den Glauben, da6 es solch ehrliches Wollen gibt. Und wenn diese wissenschaftlichen Untersuchungen, von denen ich hier geredet, vorerst von weiter gar nichts billigt werden, wie von dem Drang, die Wahrheit zu erfahren, bedenken wir, da6 andere kommt von selbst. Dieses Andere, der wahrhaft soziale Geist, die soziale Hilfsbereitschaft, die sehen wir bereits wirksam werden in unserer sozialstudentischen Bewegung. Es wird doch allgemach besser.

Das wollte ich sagen. Und damit Gott bes6hlen.

Die Zukunft Deutschlands und die christlichen Gewerkschaften.

Auf der letzten Generalversammlung des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes hielt Herr Dr. Nieder 6ber obiges Thema einen Vortrag, dem wir folgende Stellen nach einem Bericht des Organs des genannten Verbandes entnehmen:

„Was bringt die n6chste Zukunft f6r Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete? Vor allem kraftvolle Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Lebens. Diese Weiterentwicklung unserer Broterwerbverh6ltnisse mu6 kommen. Denn jedes Jahr kommen 900000 neue Erdenb6rger auf Deutschlands Boden. Und jeder hat Mund und Magen: will essen! Da mu6en die Erwerbverh6ltnisse bl6hen, die Gesch6fte gehen, besonders die Industrie mu6 sich entfalten. Wer soll das bewirken? Verschiedene Faktoren:

1. Ein t6chtiges Unternehmertum. F6r die sozialdemokratisch beherrschte Gewerkschaft ist gem66 der sozialistischen Grundforderung die Beseitigung des privatkapitalistischen Unternehmertums eine Hauptsache. „Ausbeuter“ — ist das sozialdemokratische Lieblingswort f6r den Privatunternehmer. Und doch, was verdankt die deutsche Industrie gro6en, genialen Unternehmern! Aber ganz abgesehen von den bekannten Ubergro6en — wie st6nde es um unser Erwerbleben ohne den egoistisch vorw6rts dr6ngenden Erwerbssinn. Das rastlose Streben nach gro6em Unternehmergewinn, nach m6glichst profitabler Kapitalanlage ist der Dampf in der Maschine des wirtschaftlichen Fortschrittes. Die christlichen Gewerkschaften erkennen dies an. In einem ganz anderen Sinne nat6rlich als der geistige R6hvat der sozialdemokratischen Radikalen, K. Kautsky (Soziale Revolution II. S. 47), der lediglich die f6higen Unternehmer zu Staatsangestellten in leitender Stellung im sozialistischen Wirtschaftsleben machen m6chte. Der Sozialdemokrat durchschneidet aber den Lebensnerv des modernen Wirtschaftslebens — das Privatinteresse. Der christliche Gewerkschaftler will dieses Privatinteresse kr6ftig walten sehen — denn nur, wo Jeder ist, kann man Niemen schneiden, wo nichts verdient wird — da kann auch die christliche Gewerkschaft f6r ihre Mitglieder nichts holen.

2. Eine t6chtige Arbeiterchaft ist f6r Deutschlands wirtschaftliche Zukunft ebenso n6tig wie ein t6chtiges Unternehmertum. Die Arbeiterchaft mu6 getragen werden von dem ersten Gedanken: die vertraglich 6bernommene Arbeit ist eine heilige Pflicht. Pflicht mu6 gewissenhaft erf6llt werden.

Getragen sein mu6 aber auch die christliche Arbeiterchaft von dem freudigen Gedanken: meine Gewerkschaft kann mir den bestm6glichen Anteil an den Fr6chten der Arbeit herausholen. Die Bem6hung meiner Organisation ist nicht eine aussichts- und erfolglose Anstrengung — keine Symphasarbeit. Darum wollen wir unser Wirtschaftsleben nicht zertr6mmern — sondern gut erhalten und — ausnutzen. So denkt und handelt die christliche Gewerkschaft. Sonnige, belebende Freudigkeit durchstr6mt alle ihre Glieder. Die sozialdemokratisch beherrschte „freie“ Gewerkschaft l66t sich vom Schleppdampfer der Partei in die Wasser der Tr6bsal und die Strudel der Verheerung und Verzweiflung zerren. Die christlichen Gewerkschaften vertreten neben Pflichter und Berufsfreudigkeit auch den Gedanken m6glichster Verbesserung und Erh6hung der Leistungsf6higkeit. Alle Mittel beruflicher Schulung und Weiterbildung sollen zur Anwendung kommen. Deutschland kann in der Konkurrenz der mit Eigenindustrie auftretenden Weltm6chte nur weiter sich hochhalten durch un6bertreffliche Qualit6t und Anpassungsf6higkeit seiner industriellen Produktion.

3. Guter Absatz f6r die produzierten Waren ist schlie6lich die Lebensfrage f6r Deutschlands Klein- und Gro6gewerbe. Die Sorge um guten Absatz, f6r Kauf und Verkauf mu6 die Arbeiterchaft ebenso sehr erf6llen wie das Unternehmertum. Da stehen wir direkt vor den Fragen der Handelspolitik. Diese selbst ist nur ein Teil der vielverzweigten Staatspolitik. Es erhebt sich die bedeutende Frage: Welche Stellung nimmt unsere christliche Gewerkschaft insbesondere zur Wirtschafts- und Handelspolitik?

Hochwichtig ist vor allem die Wirtschaftspolitik. Nach innen 6ffert sich die Wirtschaftspolitik in der gr66tm6glichen F6rderung aller lebensf6higen Erwerbzweige. Wenn wir auch hinnerlweit von der merkantilistischen, 6bertrieben burokratischen Wirtschaftsf6rderung entfernt sind, so gibt es doch heute kaum einen einzigen Erwerbberuf, der nicht best6ndig oder wenigstens gelegentlich die helfende und sch6tzende Hand des Staates sucht. Nicht allein das handwerkliche Klein- und Gro6gewerbe, nicht blo6 der kaufm6nnische und beamtete Mittelstand, nicht blo6 die Agrarier verlangen Schutz, F6rderung und Hilfe von der Staatsregierung, sondern auch unsere gro6en Industrien mit ihrer riesigen Arbeiterzahl. Die Maschinen-, Textil- und Steinindustrie und fast der ganze Katalog der Industrien — alle sind sie einig in dem Gedanken: die ausl6ndische

Konkurrenz darf unsere einheimischen Industrien nicht jährlings überschwemmen! Gewähr die Reichsgesetzgebung den lebensfähigen Handwerkskreisen besonderen Schutz und Förderung gegenüber einer blindwütigen Inlandskonkurrenz, so ist der Schutz gegenüber der Konkurrenz auf Tob und Leben vom Auslande her noch näherliegend. Es ist bitter, daß die "freien" Gewerkschaftler in solchen nationalen Lebensfragen in jeder Beziehung versagen — infolge der Verkettung mit der sozialdemokratischen Partei.

Die Wohnungsfrage, eine Kreditfrage.

II.

Bayern hat ein vorbildliches Unternehmen geschaffen und gezeigt, wie auch das Reich aus öffentlichen Mitteln die Wohnungsbeschaffung für die Minderbemittelten fördern und stützen könnte. Das betreffende Kreditinstitut ist die bayerische Landeskultur-Rentenanstalt. Diese Anstalt besteht seit dem 1. Juli 1884 und diente zunächst dem landwirtschaftlichen Kredit und der Bodenverbesserung. Durch Gesetz vom 18. Mai 1901 wurde der Kreis der beleihbaren Unternehmungen durch Aufnahme der Rekolationen von Weinbergen, Fischereianlagen usw., sowie der Wasserversorgung ländlicher Gemeinden erweitert. Durch Gesetz vom Jahre 1908 wurde bestimmt, daß die Landeskultur-Rentenanstalt auch Darlehen an Gemeinnützige Baugenossenschaften geben kann und zwar auch an zweiter Stelle, bis zu 90 Prozent der Herstellungs- und Grunderwerbungslosten. Schon im alten Gesetz fand sich die Bestimmung, daß bei Bewilligung von Darlehen selbst an Private von Erfordernissen des ersten Ranges für die Hypotheken abgesehen werden darf. Ein Mangel ist noch, daß die Darlehen nur über die Gemeinden gegeben werden und diese die Garantie für die Zurückzahlung übernehmen müssen. Durch diese Zwischenstelle Gemeinde wird die Tätigkeit der Rentenanstalt gehemmt. Trotzdem eine Baugenossenschaft von heute eine viel größere Sicherheit für die Rentabilität des Wohnungsbaues und für die Sicherheit der Rückzahlung von Darlehen bietet, weisen manche Gemeindeverwaltungen die Uebernahme der Garantie ab, mit dem Einwand, die Gemeinde könnte zu Schaden kommen. Nachdem in Bayern ein staatliches Wohnungsamt besteht, überall Wohnungsinspektionen eingerichtet sind, außerdem zumeist die Versicherungsanstalten schon die Bedürfnisfrage und das Genossenschaftsunternehmen geprüft haben, wäre es an der Zeit, die Gemeinden von der Garantiepflicht zu entbinden und die Darlehen den Genossenschaften direkt zu geben. Das Wohnungsamt, bzw. der Vorstand der Versicherungsanstalt könnte ja zuvor gehört werden. Auch der Genossenschafts-Revisionsverband könnte in Frage kommen. Jetzt läuft selbst die beständigste und umsichtigste geleitete Baugenossenschaft Gefahr, mit einem Darlehnsgefuß abgewiesen zu werden, weil Haus- und Grundbesitzer in der Gemeindeverwaltung einen dahin zielenden Einfluß ausüben. Über aber es müssen Maßnahmen ergriffen werden, durch welche ungerechtfertigte Zurückweisungen korrigiert werden können. In Hessen ist 1908 eine Regierungsvorlage angenommen worden, wonach die Gemeinden selbst zur Darlehensaufnahme verpflichtet werden können, um dem Mangel an guten Mietwohnungen abzuhelfen. Die Gemeinde kann auf Antrag eines gemeinnützigen Bauvereins oder des Landeswohnungsinspektors zu der erwähnten Maßnahme im Verwaltungsstreitverfahren gezwungen werden.

Wird also in Bayern die Gemeinde als Vermittlungsstelle ausgeschaltet, so erscheint die bayer. Kulturrentenanstalt als wirklich mustergiltiges Kreditinstitut für gemeinnützige Unternehmungen und Baugenossenschaften für den Kleinwohnungsbau. Die Landeskultur Rentenanstalt ist eine Staatsanstalt. Befußt Gewinnung der Mittel werden vom Staate 3 1/2 bzw. 4 prozentige Schuldverschreibungen (Landeskultur-Rentenscheine) ausgegeben. Diese Schuldverschreibungen bilden eine unter verfassungsmäßiger Gewährung stehende besondere Staatsschuld. Bis jetzt sind etwa 6 Millionen Mark als Darlehne für Wohnungszwecke gegeben worden. Die Darlehen sind unkündbar, was bei Wohnungsbelehnungen von größter Wichtigkeit ist. Die Zurückzahlung des Geldes an die Anstalt erfolgt auf dem Wege der Amortisation, d. h. neben dem üblichen Kapital-Zins wird ein Zinszuschlag erhoben und auf diese Weise das Kapital unshwer allmählich in 33 oder weniger Jahren zurückgezahlt.

Eine ähnliche Einrichtung kann zweifellos auch das Reich schaffen. Es sollte zunächst vielleicht für 50 bis 80 Millionen Mark Pfandbriefe ausgeben und auf den Markt bringen. Neben freien Kapitalisten und Sparern, welche die Papiere kaufen, könnten vielleicht die Sparfassen veranlaßt werden, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Gelder in solchen Pfandbriefen anzulegen, um sie so für den Kleinwohnungsbau flüssig zu machen. Das wäre zweifellos kein ungerechtfertigtes Verlangen, im Hinblick auf die Einlagen der vielen kleinen Sparers aus dem Stande der Arbeiter und Angestellten, die zugleich Wohnungsbedürftige sind. Ernsthaft zu erwägen ist auch die Frage, ob nicht die größeren Arbeitgeber zur Abnahme von Pfandbriefen verpflichtet werden könnten, etwa im Verhältnis zur Größe der Betriebe, bzw. nach der Zahl der Arbeiter und Betriebsbeamten. Als selbstverständlich wäre es zu erachten, daß die Arbeiter und Arbeitervereine ihre Ersparnisse möglichst bei diesem Pfandbriefinstitut anlegen und sie so dem Kleinwohnungsbau dienstbar würden. Darüber, daß die Pfandbriefe verzinst werden müßten, herrscht kein Streit. Auch die Baugenossenschaften, die in erster Linie als beleihbar ins Auge zu fassen sind, müßten das ersehene Kapital verzinsen. Dieser Zins kommt doppelt und dreifach wieder herein, wenn es gelingt, entsprechende gesunde Wohnungen

zu erhalten und der fortwährenden Mietpreissteigerung ein Halt zu gebieten.

Das Reich selbst erscheint bei dem von ihm zu erreichenden Pfandbriefinstitut lediglich als Vermittler von Kapitalisten an die kleinen Leute, an die Baugenossenschaften und gemeinnützigen Vereine. Eine solche staatliche Vermittlung ist notwendig, da das Privatkapital beim Kleinwohnungsbau vielfach versagt hat, aber doch so hohe Zinsen fordert, insbesondere für zweite Hypotheken, daß sie fast unerschwingbar sind. Was aber wohl vom Reiche verlangt werden kann ist, daß es die Verwaltungskosten der Pfandbriefanstalten trage, schon im Hinblick auch auf die Gemeinnützigkeit dieser Einrichtung. Der verstorbene Minister Miquel hat bereits 1896 im preussischen Abgeordnetenhaus, als man sich über die Errichtung von Baubanken unterhielt, mit Recht betont, daß bei der großen sozialen Bedeutung eines solchen Instituts es nicht gereuen dürfe, wenn der Staat ein solches Opfer bringe.

Der jetzige Kursstand der Staatspapiere ist zwar nicht besonders ermutigend für die Neueinrichtung eines gewissermaßen staatlichen Geldinstituts mit dem Rechte der Pfandbriefausgabe. Bei entsprechender Einrichtung des neuen Instituts, durch Vorschriften über die Pfandbriefabnahme, etwa im oben ange deuteten Sinne, insbesondere aber durch Wahrung des Verständnisses für die Notwendigkeit und Wichtigkeit eines solchen Geldinstituts in den weitesten Volkskreisen wird das Unternehmen nicht bloß gelingen sondern auch florieren. S. P.

Allgemeine Rundschau.

Agitation unter den früheren Mitgliedern. Bekanntlich hat die Nachener Generalversammlung auf Anregung des Zentralvorstandes beschlossen, bei der damals vorgesehenen außerordentlichen Agitation namentlich der früheren Mitglieder zu gedenken. Um diese Agitation zu erleichtern, wurde in Nachen beschlossen, daß die früheren Mitglieder unter gewissen Voraussetzungen ohne Eintrittsgeld wieder Aufnahme finden und die seither geleisteten Beiträge, soweit sie nachgewiesen wurden, voll angerechnet werden konnten, sobald sie wieder ein Jahr dem Verbands angehörten.

Nach beendeter Agitationsarbeit hat die Zentralkommission besondere Erhebungen über die einschlägigen Resultate veranstaltet, deren Ergebnis in der unten folgenden Zusammenstellung wiedergegeben ist. Es ist indessen zu beklagen, daß die Umfragen längst nicht in wünschenswerter Weise beantwortet worden sind. Eine große Anzahl von Ortsgruppenleitungen hat den eminenten Wert der statistischen Erfassung der Resultate solcher Arbeiten — und der Statistik überhaupt — leider noch nicht erkannt. Hier muß noch eine bedeutende Besserung eintreten.

Die zahlenmäßige Zusammenstellung über die durch die letzte allgemeine Agitation wiedergewonnenen früheren Mitglieder ergibt folgendes Bild:

Bezirk	Zahl der beteiligten Ortsgruppen	Zahl der gewonnenen Mitglieder
Krefeld	27	306
M.-Gladbach	22	668
Nachen	23	427
Wormen	11	86
Hocholt-Gronau	12	615
Münster i. Westf.	14	457
Hannover	7	36
Schlesien	5	29
Sachsen-Thüringen-Brandenburg	9	33
Bamberg-Fulda	4	35
Süd-Bayern (Augsburg)	8	55
Württemberg	4	12
Baden	14	292
Ober-Elsaß (Mülhausen)	5	74
Unter-Elsaß (Straßburg)	4	38
Zusammen:	169	3163

Das Resultat ist gewiß nicht schlecht; auch dieses Agitationsmittel, ausnahmsweise einmal angewendet, hat sich bewährt. Unter Berücksichtigung der mangelhaften Berichterstattung darf übrigens noch mindestens eine 10prozentige Erhöhung des Erfolges in Rechnung gestellt werden. Geschieht das, dann ergibt sich, daß insgesamt in 186 Ortsgruppen 3479 frühere Mitglieder wiedergewonnen wurden.

Konferenz der christlich-nationalen Arbeiterschaft des Niederrheins. Eine außerordentlich stark besetzte und important verlaufene Konferenz hielten am 8. Sept. die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereine des Niederrheins in Goch ab. Es waren mindestens 300 Delegierte und rund 100 Gäste anwesend. U. a. waren vertreten der Bezirkspräsident der katholischen Jugendvereine aus Krefeld, Kaplan Schreiber, der bekannte Vorkämpfer unserer Bewegung Dr. Brauns, Kollege Hemmig als Vertreter des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, Kollege Meyers als Vertreter des westdeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine, Kollege Bogelsang als Vertreter des Gesamtverbandes und Kollege Heutmann als Vertreter unseres Verbandes; anwesend waren ferner der Vertreter des Wahlkreises Kempen im Reichstage, Abg. Erysanth-Bonn, Fabrikant Bergmann-Reveler u. a. Die Leitung der Konferenz lag in Händen des Kollegen Cammann, Zentralvorsitzenden des christlichen Tabakarbeiterverbandes.

Nach einem Bericht des Kartellbeamten Kollegen Bonas-Krefeld über den Stand der christlich-nationalen Arbeiterbewegung am Niederrhein (siehe vorige Nummer dieser Zeitung), hielt Kollege Joss-M.-Gladbach einen

Vortrag über „die christlich-nationale Arbeiterbewegung, ihre Bedeutung und ihre besonderen Schwierigkeiten im Bezirk“. Bericht und Referat zeitigten eine ausgedehnte, hochinteressante Diskussion. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der die Notwendigkeit der konfessionellen Berufsvereine und der christlichen Gewerkschaften betont wird und folgende Punkte für das Zusammenarbeiten der einzelnen Glieder der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aufgestellt werden:

1. Daß im Jugendverein einmal im Jahre Werbeveranstaltungen nach Branchen stattfinden, in denen die jugendlichen Arbeiter über das Warum und Wie der Organisation unterrichtet und vor allem zum Beitritt zur Gewerkschaft angepornt werden. Es empfiehlt sich in Verbindung mit diesen Branchenveranstaltungen die Einsetzung einer Werbekommission, vorzüglich aus Jugendlichen bestehend, die dem einzelnen Jugendlichen nachgeht, Schwierigkeiten des Beitritts im Elternhause und anderswo beseitigt und eine ständige lebendige Verbindung unter den jugendlichen Organisationen selbst und mit der Gewerkschaft erstrebt. Außerdem sind im Jugendverein selbst Vorträge über Standesbeschre, Berufsstolz, Standes-tugenden und Kameradschaftlichkeit (Solidarität), ferner über die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Standesvereine zu halten.

2. Sitt daselbe von den Gesellenvereinen, in ihnen soziale und gewerkschaftliche Themen mehr Behandlung erfahren.

3. Muß sich die treue Massenbrüderschaft der konfessionellen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften in ständiger gegenseitiger Zuführung der organisationsfähigen Mitglieder zeigen. Kein Gewerkschaftler ohne seinen Arbeiterverein, kein Lohnarbeiter im Arbeiterverein ohne die Gewerkschaft.

4. Da die Gewerkschaften in der Hauptsache wirtschaftliche Aufgaben haben, sich also mit der Pflege des religiösen Lebens nicht befassen können, weil weiter die heutige Zeit auch eine umfassende staatsbürgerliche Schulung zur weitestgehenden Anteilnahme der christlichen Arbeiterschaft am öffentlichen Leben verlangt, ist den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften der Eintritt in die konfessionellen Vereine zu empfehlen.

5. Die in den einzelnen Orten bestehenden gewerkschaftlichen Ortsgruppen haben mehr als bisher dahin zu wirken, daß den noch nicht oder schwach vertretenen Berufen die Einführung ermöglicht wird.

6. Die gewerkschaftliche und volkswirtschaftliche Durchbildung soll durch zu diesem Zwecke eingerichtete Unterrichtsabteilungen der Vertrauenspersonen planmäßiger und großzügiger durchgeführt werden.

Aus unserem holländischen Bruderverbande. Unser christlicher Bruderverband in Holland hat schwere Zeiten durchgemacht. Bekanntlich hat der holländische Episkopat den katholischen Textarbeitern des Landes die Zugehörigkeit zur „Unitas“, der christlich-interkonfessionellen Textarbeitergewerkschaft, sowie das Lesen des Organs des Verbandes verboten. Das Verbot hatte zahlreiche Austritte im Gefolge. Die ausgestretenen katholischen Textarbeiter haben im Bezirk Drente einen sogenannten Sparfonds gegründet, zu dem sie allwöchentlich ihre Beiträge in der Höhe der früheren Gewerkschaftsbeiträge steuerten, um sich in Fällen von Streiks, Ausperrungen, Krankheit und Arbeitslosigkeit eine Unterstützung zu sichern.

Für die „Unitas“ waren diese Austritte eine bedeutende Schwächung. Eine kürzlich abgehaltene Generalversammlung hatte sich mit der neuen Situation zu beschäftigen und einige wichtige Beschlüsse zu fassen. Beschlossen wurde:

1. Mit Rücksicht auf die erhebliche Verminderung der Mitgliederzahl und auf die Leistungsfähigkeit der Hauptkassette soll das Verbandsorgan verkleinert werden.

2. Der Verbandsbeitrag wird um 1 Cent (3 Cent gleich 5 Pfg.) pro Woche erhöht. Dieser Beschluß soll jedoch erst den Ortsgruppenversammlungen zur Abstimmung vorgelegt werden, bevor er in Kraft tritt.

3. In dem Reglement zur Krankenunterstützung wird eine Aenderung insofern getroffen, als die Höchstleistung der Unterstützung bereits nach 260 Beitragswochen erreicht wird. Auch über diese Aenderung haben die Ortsgruppenversammlungen das letzte Wort zu sprechen.

4. Schließlich wurde wegen der Verschiebung in der Verteilung der Mitgliederzahlen über das Land eine andere Bezirkseinteilung beschlossen.

Auf der Generalversammlung kam der entschiedene Wille zum Festhalten an den bewährten Grundsätzen des Verbandes zum Ausdruck. Die Delegierten versprachen, treu und entschlossen weiter zu arbeiten und zu werben. Ob und wann in den unglücklichen gewerkschaftlichen Verhältnissen der Niederlande eine Aenderung eintreten wird, ist eine Frage, die sich nicht leicht beantworten läßt. Es scheint aber doch in weiteren Kreisen des christlichen Volkes die Einsicht zu wachsen, daß an den jetzigen Zuständen nur die Sozialdemokratie Freude haben kann.

Können die Gewerkschaften überflüssig werden? In einem Referate auf der Konferenz der christlich-nationalen Arbeiterbewegung des Niederrheins über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine behandelte Kollege Joss von der Westdeutschen Arbeiterzeitung auch einige Einwände, die aus bürgerlichen Kreisen gegen die christlichen Gewerkschaften ins Feld geführt werden. Kollege Joss sagt u. a.:

„Es ist eine müßige Arbeit, zu behaupten, daß ohne die Arbeiterorganisationen, ganz von selbst all das gekommen wäre, was wir heute an Besserung gegenüber früheren Zuständen empfinden. Arbeiter-

versicherung, Arbeiterschutz, Lohnsteigerung usw. Den Optimismus teilen wir nicht. Wir sind zwar auch nicht der Meinung, daß alle sozialen Fortschritte etwa der Kritik, dem Drängen und Treiben der Arbeiterbewegung zu verdanken seien. Nein, das nicht, aber ein gewichtiger Faktor in dieser Entwicklung war sie und wird es bleiben.

Wir lassen auch den Einwand nicht gelten, früher sei die wirtschaftliche Arbeiterbewegung notwendig gewesen, heute aber nicht mehr. Wir hätten heute keine „hungernden Arbeiter“ mehr, wir hätten sogar gut gelohnte Arbeiterschichten, wobei man nicht einmal sagen könne, daß sie durchweg gelernt hätten, von ihrem höheren Lohnneinkommen einen vernünftigen Gebrauch zu machen. Wir kennen diese Anschauung und wissen, was wahr und falsch ist. Gewiß steht die deutsche Arbeiterschaft heute ganz anders da als früher. Aber die Lichtseiten dürfen uns nicht blind machen für die tiefen Schatten, die noch vorhanden sind. Gibt es nicht noch ganze Berufsklassen, die minder und sogar schlecht gelohnt sind? Man besehe sich die Lohnstatistiken der Berufsgenossenschaften z. B. in der Ziegelei- und Tabakindustrie, man denke an die Heimarbeit. Gibt es nicht noch Berufe, deren Arbeitsbedingungen noch längst nicht in einem richtigen Verhältnis stehen zu den schweren Gefahren für Leben und Gesundheit der Berufsarbeit, wo die Sterblichkeitsziffer noch eine ungemein hohe ist. (Bergbau- und Hüttenindustrie?) Gibt es nicht noch Arbeiterfamilien genug, wo ohne Schuld des Mannes die Ehefrau und Mutter der Kinder gezwungen ist, fern von Hause erwerbstätig zu sein? Denken wir an Kinderarbeit, an die großen Wohnungsnotverhältnisse für kinderreiche Familien in der Groß- und Kleinstadt.

Wir könnten das Bild, das Kollege Joss hier von den allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zeichnet, noch durch einige recht dunkle Linien aus der Textilindustrie ergänzen. Sicherlich bleibt bei den christlichen Gewerkschaften noch ungeheuer viel Arbeit in der Verbesserung wirklich schlechter und elender Verhältnisse übrig. Aber wir möchten damit doch der Begründung für die Notwendigkeit unserer Bewegung nicht genug sein lassen. Auch dort, wo die Arbeiterschaft über relativ gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse verfügt, ist die Gewerkschaft nicht minder notwendig. Zunächst, weil es gilt, das Erreungene zu erhalten und ständig auszubauen. Dann auch, weil sich ohne die Gewerkschaft jene ganz neue Ordnung unserer wirtschaftlichen Rechtsverhältnisse und teilweise der Wirtschaftsverfassung, die sich deutlich genug abmahnt, gar nicht vollziehen kann. Und schließlich ist doch nicht der eigentliche Grundgedanke der Gewerkschaftsaufgaben, soziales Elend zu mildern, sondern der eigentliche Grundgedanke ist u. E., daß dem Arbeiter ein gerechter Anteil an dem Ertrage seiner Arbeit und an der ständigen Steigerung der Produktion gesichert werden soll. Darum können die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gar nicht so sein, daß eine Gewerkschaft — natürlich ganz allgemein gesprochen — überflüssig wird.

Wer sind die Gründer der „Gelben“? Auf der im Juli stattgefundenen Generalversammlung der „Gelben“

suchte man der Öffentlichkeit weiß zu machen, als ob die „gelbe“ Bewegung aus der Arbeiterschaft selbst herausgewachsen sei und von ihr getragen werde. So betonte der eine Redner: „Es war deshalb ein Glück, daß die Gründer der wirtschaftsfriedlichen Bewegung Arbeiter waren, deren Blick nicht von falschen volkswirtschaftlichen Lehren getrübt war und die von Idealen erfüllt waren“. Ein weiterer Redner aus der Kruppischen Gußstahlfabrik wies die Behauptung, die gelbe Bewegung sei mit dem Gelbe der Unternehmer gegründet, zurück; das sei eine Lüge. Laut „Köln. Ztg.“ schilderte er, wie die Bewegung aus freier Selbstbestimmung und aus eigenem Antrieb in nationalen oder mit dem sozialdemokratischen Treiben unzufriedenen Arbeiterkreisen entstanden sei. Wir haben damals schon diese Darstellung auf ihren wirklichen Wert zurückgeführt. Wir sagten auf den Hinweis der „Köln. Ztg.“, daß von den Industriellen und den Vertretern der Unternehmerverbände niemand das Wort ergriffen habe und so der Charakter einer „reinen Arbeiterkumbung“ streng gewahrt geblieben sei, folgenden:

„Gewiß, anscheinend ist es so. In Wirklichkeit aber haben die eigentlichen Gründer der „Bewegung“ hinter den Kulissen ihre Hand im Spiel. Ihre Taktik ist folgende: Die Unternehmer haben die „gelbe“ Bewegung mit allen Mitteln zu fördern, dabei sollen sie aber so tun, als ob diese Bewegung eigentlich bloß eine Privatfache der Arbeiter sei.“

Diese unsere Ansicht wird jetzt von der deutschen Arbeitgeber-Zeitung bestätigt. In einer Polemik gegen die von den Berliner Gelben herausgegebene Wertvereinskorrespondenz, die gegen die von Krupp in Essen ausgehende gelbe Wertvereinsbewegung den Vorwurf erhoben hatte, daß sie sich in einem zu starken Abhängigkeitsverhältnis von den Arbeitgebern befände, schreibt die deutsche Arbeitgeber-Zeitung:

„Wesentlich anders war es um die Entstehung der westdeutschen Wertvereinsbewegung bestellt. Dort stieß das Bestreben des freimüthigen Teils der Arbeiter, sich entsprechend zu organisieren, insofern auf weit größere Hindernisse, als der starke Bestand der gewerkschaftlichen Organisation aller politischen Färbungen im Verein mit der weit größeren Ueberherrlichkeit der an einzelnen Stellen konzentrierten Werkschaften den Gewerkschaftsleitern deren Kontrolle unmöglich erleichtern mußte. Dazu kam, daß es in Westdeutschland nicht nur auf den Kampf gegen die Gewerkschaftsbewegung an sich, sondern gleichzeitig auch darauf abgesehen war, die Gewerkschaft wieder mit nationalem Geiste zu erfüllen: der westdeutschen Wertvereinsbewegung eignete also von vornherein eine ausgeprägte politische Bedeutung. So ermußte den Wertvereinsleitungen denn auch die Aufgabe, sich mit in die Front zu stellen und das Organisationswerk in eigene Regie zu übernehmen. Mag sein, daß dies in dem einen oder dem anderen Fall zu Uebertreibungen geführt hat; im großen und ganzen muß der Erfolg solchen Strebens als ein recht guter bezeichnet werden.“

Da haben wir also: die Betriebsleitungen haben sich für die „Gelben“ in die „Front“ gestellt und das Organisationswerk „in eigene Regie“ übernommen. Nun sage noch einer, die „gelbe“ Bewegung sei nicht selbständig und unabhängig! Interessant ist auch das Geständnis, daß die Wertvereinsleitung auch politische Zwecke verfolgt, sie soll die Arbeiterschaft wieder mal mit „nationalem Geiste“ erfüllen. Als ob es hierzu der „gelben“ Bewe-

gung bedürfte! Wir vermuten, daß die Mitglieder der letzteren auch dazu mißbraucht werden sollen, die politischen Geschäfte ihrer Drahtzieher zu besorgen. Gewisse Vorgänge der letzten Zeit scheinen diese Vermutung zu bestätigen.

Die „Gelben“ protestieren. Die von den evangelischen Arbeitervereins- und Gewerkschaftssekretären gegen die „Wirtschaftsfriedlichen“ gefasste Resolution hat diesen angetan. Sie beriefen eine Versammlung ins Volkstheater zu Essen ein, um gegen „die unerhörten Beschimpfungen der 48 Sekretäre“ zu protestieren. Dabei nahmen ihre Wortführer den Mund recht voll. Der erste Redner verlangte eine Erklärung von der Leitung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine darüber, ob sie das in der Resolution Gesagte unterschreibe und ob sie gewillt sei, den „Gelben“ gegenüber Neutralität zu üben. „Wenn sie das nicht will“, meinte der Redner weiter, „dann werden wir Wertvereiner, namentlich in Essen, Bochum, Elberfeld usw., die gleichzeitig Mitglieder von evangelischen Arbeitervereinen sind, die Vorkämpfer mitglieder dieser Arbeitervereine nacheinander anzufragen haben, ob sie in der Lage sind, Gewähr dafür zu bieten, volle Neutralität zu wahren; andernfalls müssen sie mit der Zeit beseitigt werden.“

Der zweite Diskussionsredner bezeichnete ein Zusammengehen mit den Katholiken für unmöglich. Dem Katholizismus müsse man immer sagen: „Bis hierher und nicht weiter.“ Das zeige augenblicklich wieder das Jesuitengefetz. Wächtig tönte seine Stimme durch den Saal: „Rom ist Rom.“

Ein weiterer Redner meinte, die Resolution sei der Konkurrenzangst vor den „Wirtschaftsfriedlichen“ entsprungen; die betreffenden evangelischen Sekretäre erscheinen ihr nicht berufen, ein objektives Urteil über die „Gelben“ abzugeben. Weiter gefiel sich dieser Redner vor allem in Beschimpfungen gegen die christlichen Gewerkschaften. Er warf diesen vor, sie seien nichts anderes wie die Schutztruppen des Zentrums, jener politischen Partei, die die erbitterteste Feindin des evangelischen Glaubens und der evangelischen Freiheit sei. Die christlichen Gewerkschaften teilten mit der Zentrumsparthei ihre Unzuverlässigkeit in allen Fragen. Sie seien die Vorfrucht der Sozialdemokratie. Das habe ihre Vergangenheit bewiesen und es sei ihnen das auch durch Regierungs- und kirchliche Kreise bestätigt worden.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die die gegenwärtige Leitung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine für die „betäubende Entgleisung“ der Sekretäre verantwortlich macht, weil sie diese nach ihrem Sinne erzogen habe. Den evangelischen Arbeitervereinen wird weiter das Recht abgesprochen, „über die nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften zu richten“. Sie hätten sich diesen gegenüber vielmehr völlig neutral zu verhalten. Die „Gelben“ lehnten darum auch die von der Leitung des Gesamtverbandes angestrebte Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften ab. Die evangelischen Wertvereiner werden aufgefordert, in den evangelischen Arbeitervereinen mit Nachdruck die Ausschaltung des Gewerkschaftsstreites zu verlangen und

Aus der Geschichte und Entwicklung der Wuppertaler Textilindustrie.

(Zu unserer Verbandsgeneralversammlung in Elberfeld.)
Von Heinrich Fahrenbrach, Bezirksleiter.

III.

Die Hausindustrie ging mehr und mehr zurück, besonders in der Weberei und Nimmendreherei, während sich dieselbe in der Wandmühlerei bis heute noch in bedeutendem Umfange zu erhalten vermochte. Manche der handgemachten Kleinmeister haben ein, das sie nur dann leistungsfähig bleiben konnten, wenn sie sich die neue Betriebsweise nutzbar machten; sie stellten deshalb in großen Fabrikräumen ihre Stühle zusammen, wo ihnen Raum und Dampfstraß gegen Zahlung eines Mietpreises zur Verfügung standen. Durch die Entwicklung der Elektrizitätsindustrie ermöglichte sich späterhin auch die Anwendung des mechanischen Betriebes in den Wohnhäusern und eigens für die Aufnahme von Wandmühlchen hergerichteten Anlagen. Ein weitverzweigtes Netz von Leitungsdrähten zieht sich jetzt durch das Bergische und führt den kleinen Elektromotoren die nötige Kraft zu, womit dieselben die Wandmühle und Spinnmaschinen treiben. In vielen Ortschaften Wuppertals und Umgebungen hat sich die Seiderei, selbst bis zu den entlegensten Gehöften haben wir das Hausgewerbe vertreiben.

Wenn sich diese verhältnismäßig kleine Hausindustrie, die man nicht direkt zu den Kleinstindustrien zählen darf, auch heute, im Zeitalter des Großbetriebes, noch zu erhalten vermag, so ist das nicht allein auf die Vervollständigung der modernen Technik zurückzuführen, vielmehr haben auch die Fabrikanten ein nicht geringes Interesse an der Erhaltung dieses Hausgewerbes und zwar aus den verschiedensten Gründen. Bei einer ungezügelter Modeindustrie muß in Zeiten stürmischen Geschäftsganges ein möglich großes Quantum des gerade von der Mode begehrten Artikels in kürzester Zeit hergestellt werden. Dann wird die Hausindustrie, die in manchen Orten nicht durch Erhaltung bestimmter Arbeitszeiten gebunden ist, wohl ausgenutzt, die Stühle laufen vom frühesten Morgen bis spät in die Nacht, besonders dort, wo dieselben nur vom Meister selbst oder dessen Familienangehörigen betrieben werden. Sind nicht mehr genügend Anträge vorhanden, so läßt der Fabrikant zunächst möglichst die Stühle in der Hausindustrie stilllegen, weil ihm dadurch ja keinerlei Verluste erwachsen. Diese treffen allein den Kleinmeister, der die Auslage für Zinsen, Miete für Raum und Kraft usw. zu bestreiten hat. Da ein moderner Wandstuhl mit Zubehör je nach Art und Größe einen Wert von 1500 bis 3000 M. repräsentiert, für Raum-, Kraft- und Zinsen ein Betrag von 350 bis 8 M. pro Woche zu entrichten ist, so ergeben sich für den

Hausindustriellen ganz enorme Verluste, wenn der Wandstuhl längere Zeit ohne Arbeit steht. In allgemeinen Krisenzeiten sowie bei ungünstiger Moderrichtung zieht aber immer ein mehr oder minder großer Prozentsatz der Stühle still. Die Wuppertaler Textilindustrie ist fast dem allgemeinen Entwicklungsgange entsprechend vom hausindustriellen und Kleinbetrieb zum Mittel- und Großbetrieb übergegangen. Allerdings können sich auch jetzt noch, durch die Eigenart und Vielfältigkeit der Industrie begünstigt, eine verhältnismäßig große Anzahl kleiner und mittelgroßer Unternehmungen halten.

Die Entwicklung ist naturgemäß keine feste und für all die vielen Zweige einheitliche gewesen. Es würde aber zu weit führen, hier der Entwicklung der einzelnen Branchen nachzugehen und dieselbe näher zu schildern. Einzelne Zweige, welche früher von großer Bedeutung waren, sind sehr zurückgegangen oder ganz verfallen, und es, wohingegen sich andere gut entwickelt haben und ganz neue hinzugekommen sind.

Zeitweise hatte die Wuppertaler Textilindustrie sich merer Krisen zu überwinden. Ganz besonders die napoleonischen Kriege und die dadurch hervorgerufenen handelspolitischen Maßnahmen, wie die Kontinentalsperre, ferner das Gesetz, welches die Einfuhr von Baumwollwaren verbot und das Ausfuhrverbot nach Frankreich brachte, führten Industrie und Handel, die kurz vorher einen großen Aufschwung genommen, fast völlig zum Stillstand. Der so bedeutende französische Absatzmarkt wurde verschlossen und der indische ging zum großen Teil an England verloren. Doch wurden auch durch Anwendung der französischen Gesetzgebung manche, der freien Einfuhr der Industrie im Wege stehende Hindernisse beseitigt, und vermochte sich dieselbe in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder zu erholen, als ruhige politische Verhältnisse dies ermöglichten. Aber auch späterhin wurde das Auf- und Abbleiben der Industrie durch politische Wirren, allgemeine Konjunkturschwankungen, Wechsel der Modefarben, Preissteigerung der Textilrohstoffe, Zoll- und handelspolitische Maßnahmen der Einfuhrstaaten usw. mehr oder minder stark beeinträchtigt. Die Vielgestaltigkeit der Wuppertaler Textilindustrie sowie der bedeutende Handel nach den verschiedensten außerdeutschen Staaten verhinderten doch fast stets, das gleichzeitig ein größerer Rückschlag in allen Zweigen zu verzeichnen war.

Über die Entwicklung der Industrie in den letzten hundert Jahren geben folgende Zahlen ein ungefähres Bild. Die gesamte Textilindustrie beschäftigte nach Thun im Jahre 1809 in Elberfeld 14 Fabriken für Seide, 15 für Wolle und Leinwand, 50 für Kanten, Eimanzen, Seidstiche, tolles de coton, Madras-, Kanten-, 1 für Manchester, 4 für Schnallen und 5 für Komposition, zusammen mit 6000 Arbeitern, einschließlich Gefelles und Lehrlinge. Barmen zählte 60 Fabriken für Lein- und Wollewaren, 10 für Seidenwaren, 10 für Spitzen und Langnetze mit 800 Arbeitern, 16 Fabriken für Seiden-

und Sammetstoffe mit 1050 Arbeitern. Im alten Herzogtum Berg wurden in Elberfeld, Barmen und in beiden Mülheim von 7 bis 8000 Arbeitern für 7 bis 8 Mill. Frcs. Seiden- und für etwa 10 Mill. Frcs. Seiden- und Samtwaren produziert. Wänder aller Art wurden für Elberfeld und Barmen von 15 000 Arbeitern im Werte von 9 Mill. Frcs., Baumwollenzuge von 10 000 Arbeitern für 8 bis 9 Mill. Frcs. zur Ausfuhr hergestellt.

Nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 waren in der Textilindustrie des Wuppertales beschäftigt im ganzen 45 197 Personen, davon in Elberfeld 11 845 (4685 weibliche). Von den 11 845 waren 1116 Selbständige, leitende Beamte und Geschäftsführer, 1293 sonstige Angestellte und 9391 Arbeiter. In Barmen wurden im ganzen 23 252 Beschäftigte gezählt (9294 weibliche). Davon waren 1750 Selbständige und leitende Beamte, 2451 sonstige Angestellte und 19 151 Arbeiter. Die Zahl der Hauptbetriebe war in Elberfeld 1168 in Barmen 1887. Von letzteren beschäftigten 143 nur bis zu 5 Personen, ein Zeichen für die hier noch stark vertretene Hausindustrie, 129 Betriebe von 6 bis 10 Personen, 252 von 11 bis 50, 108 von 51 bis 200 und 15 Betriebe mehr als 201 Personen. Diese Zahlen geben aber kein richtiges Bild von dem gesamten Umfange und der Bedeutung der Wuppertaler Textilindustrie, weil noch Tausende von Personen außerhalb der Wuppertäler für Wuppertaler Firmen beschäftigt sind, nicht nur in der Hausindustrie, sondern auch in größeren Fabrikbetrieben. Bei einem Vergleich mit den Zahlen von 1809 muß ferner noch berücksichtigt werden, wie groß der Unterschied in der Produktionsmenge ist, die damals und heute von einem Arbeiter und einer Maschine hergestellt wurde. Heute braucht man beispielsweise für den Bleichprozeß des Garnes nur drei Tage, während bei der Hasenbleiche ein ganzer Sommer dazu erforderlich war. Wo früher ein Weber mühsam seinen Handstuhl bediente, beaufsichtigt heute in einzelnen Branchen eine Weberin 3 bis 4 Stühle, und welche Menge von Zeugnissen werden heute von einem Arbeiter in der Nimmendreherei mehr geliefert gegen früher!

Wenn auch über die Produktionsmengen und -Werte der Wuppertaler Textilindustrie keine genauen Angaben gemacht werden können, so ergeben wir doch schon aus obigen Angaben, welchen Umfang und welche Bedeutung diese Industrie heute hat. Leider waren in den letzten Jahren nicht günstig. Die politischen Wirren in den verschiedensten Staaten und die dadurch hervorgerufene Unsicherheit, die Ungunst der Mode und nicht zuletzt die stets höher gezeigten Volkstranken der meisten Staaten, welche bisher die Hauptabnehmer waren, haben mit anderen ungünstigen Einwirkungen dazu beigetragen, die gesunde Entwicklung der Industrie stark zu beeinträchtigen. Anstelle der Textilprodukte liefert das Wuppertal immer mehr Herstellungsmaschinen für solche nach den verschiedensten Absatzgebieten des In- und Auslandes, sodaß die Aussichten für die Zukunft durchaus nicht rosig sind.

dieses Verlangen nötigenfalls auch bei den Vereinswahlen zum Ausdruck zu bringen.

Die Leitung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine ist also bei den „Gelben“ entschieden in Ungnade gefallen. Sie wird sich darüber zu trösten wissen. Der von den Vorkämpfern der „Gelben“ den evangelischen Arbeitervereinen gegenüber angeschlagene Ton erscheint am allerwenigsten geeignet, die Leitung zu veranlassen, von ihrem bisherigen, den „Gelben“ gegenüber eingenommenen Standpunkt abzugehen. Im übrigen werden auch die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, soweit sie den Arbeitervereinen angehören, schon dafür sorgen, daß die Bäume der „Gelben“ nicht in den Himmel wachsen.

Wir unsererseits haben auch keine Veranlassung, die von einem der Redner ausgesprochenen Verleumdungen der christlichen Gewerkschaften allzu tragisch zu nehmen. Wenn der gute Mann das alles beweisen müßte, was er in seiner Unkenntnis behauptet hat! Wir glauben, es würde ihm schlecht ergehen. Bemerkenswert aber ist der Versuch zweier Redner der „Gelben“, die konfessionellen Leidenschaften aufzustacheln, denn etwas anderes können die Ausführungen über den Katholizismus und über die christlichen Gewerkschaften in Verbindung mit dem Zentrum nicht bezwecken. Sollte diese Taktik bei den „Gelben“ Schule machen? Erfolge werden sie auch damit kaum erzielen. Wie aber vertragen sich derartige Ausführungen, gemacht auf einer von der Werkvereinsleitung einberufenen Versammlung, mit der von den Werkvereinen angeblich hochgehaltenen religiösen und parteipolitischen Neutralität? U. U. v. g.

Die Steuerleistung im Falle von Arbeitslosigkeit. Zu dieser Frage veröffentlicht die „Kölnische Zeitung“ eine Aufschrift, die uns der Beachtung besonders wert erscheint.

„Die Frage“, heißt es da, „ob bei eintretender unverschuldeter Arbeitslosigkeit die Steuerleistung aufzuhören habe, ist bis jetzt nicht immer einheitlich von den einschlägigen Behörden behandelt worden. Die einschlägigen Bestimmungen lassen verschiedene Deutungen zu. Es ist beabsichtigt, diese Frage bei der Steuerreform endgültig und einheitlich zu regeln. Schon in der Steuerkommission (des preussischen Abgeordnetenhauses d. R. d. L.-B.) ist die Frage angeschnitten worden und es konnte ein Einverständnis mit dem Finanzministerium erzielt werden.“

Nach der gegenwärtigen Rechtslage kann bei allen denjenigen Steuerpflichtigen auf ihren Antrag eine Ermäßigung der Einkommensteuer erfolgen, deren Einkommen infolge Wegfalls einer Einkommensquelle sich um mindestens ein Fünftel gegen die Veranlagung des laufenden Steuerjahres verringert hat. Dieser Fall trat ein, wenn ein kaufmännischer Angestellter stellenlos wurde, ein Arzt seine Praxis aufgab oder ein Beamter in Pension ging. Bei gewerblichen Arbeitern lag die Sache aber anders. Das Oberverwaltungsgericht hatte entschieden, daß bei Lohnarbeitern Arbeitslosigkeit nicht als Verlust einer Einkommensquelle anzusehen sei, da die in Betracht kommende Einkommensquelle, die Körperkraft, nach wie vor bestehe. Nur bei Unglücksfällen sollte eine Steuerermäßigung eintreten. Trotzdem wurde in der Praxis eine Herabsetzung der Steuer auch Lohnarbeitern zugestanden, wenn die Arbeitslosigkeit ununterbrochen zehn Wochen dauerte. Der Arbeiter war also den übrigen Jeniten gegenüber ungünstiger gestellt. Der Steuernachlaß war geschlechtlich nicht festgelegt, auch mußte die zehnwöchige Arbeitslosigkeit nachgewiesen werden und im günstigsten Falle trat der Steuernachlaß erst vier Monate nach dem Beginn der Arbeitslosigkeit ein.

In Zukunft soll die Frage unter Beibehaltung des jetzigen Modus einheitlich für alle Jeniten geordnet werden, und zwar so, daß der Steuernachlaß sofort eintritt. Wird nachgewiesen, daß während des Steuerjahres infolge des Wegfalls einer Einnahmequelle infolge Arbeitslosigkeit oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle das veranlagte Jahreseinkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist, so kann für das betreffende Steuerjahr vom Beginne des auf den Eintritt der Einkommensverminderung folgenden Monat ab eine dem verbleibenden Jahreseinkommen entsprechende Ermäßigung der Einkommensteuer beansprucht werden. Diese Fassung soll im Einkommensteuergesetz festgelegt werden, so daß die Frage des Steuernachlasses für alle Jeniten einheitlich geregelt ist, gleichviel ob eine kurze oder längere Arbeitslosigkeit vorliegt. Für den Steuernachlaß ist nur nachzuweisen, daß eine Verminderung des Einkommens um ein Fünftel stattgefunden hat, dies kann auch einreten, wenn jemand eine schlechter bezahlte Stelle ohne eingetretene Arbeitslosigkeit hat annehmen müssen.“

Die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1911. Ihre Zahl betrug, einschließlich der Innungs- und Handelsgerichte, insgesamt 936, 20 mehr wie im Vorjahr. Klagen wurden 119774 eingereicht und zwar von

Arbeitern gegen Arbeitgeber	111333
Arbeitgeber gegen Arbeiter	8086
Arbeitern gegen Arbeiter	355

Von den an den Gewerbegerichten schwebenden Klagen wurden bis zum Ende des Jahres erledigt durch

Vergleich	49693
Verzicht	3267

Anerkenntnis	1566
Verfäumnisurteil	12301
andere Endurteile	18434

Bei den durch Endurteil erledigten Klagen betrug die Dauer des Verfahrens

weniger als eine Woche	in 5103 Fällen
eine bis zwei Wochen	5778 "
zwei Wochen bis ein Monat	4965 "
über einen bis drei Monate	2224 "
über drei Monate	364 "

Der Wert des Streitobjektes belief sich bei den anhängig gemachten Klagen

bis zu 20 M.	in 53122 Fällen
von 20 bis 50	34272 "
von 50 bis 100	17973 "
über 100	9608 "

Verurteilung wurde in 624 Fällen eingelegt. Die Gewerbegerichte wurden weiter im Vorjahr 365 mal um Vermittlung bei Lohnbewegungen und Streiks gebeten und zwar in 151 Fällen von beiden Seiten, in 30 Fällen waren es nur die Arbeitgeber und in 184 nur die Arbeiter, die um Vermittlung ersuchten. Erzielt wurde durch diese Vermittlung in 144 Fällen eine Vereinbarung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, in 68 Fällen kam es zu einem Schiedspruch, dem sich die Parteien auch meistens unterwarfen. Gutachten auf Verlangen der Behörden haben die Gewerbegerichte 15 abgegeben; die Zahl der von ihnen gestellten Anträge, gewerbliche Fragen betreffend, beläuft sich auf sechs.

Dies ist das Wichtigste aus dem vom Reichsarbeitsblatt gebrachten Bericht über die Tätigkeit der Gewerbegerichte. Würdigen wir die Bedeutung dieser sozialen Institutionen und beteiligen wir uns recht reger an den Wahlen zu denselben.

Teuerung und Industrie. Die unerschwingliche Höhe der Fleischpreise und die erhebliche Teuerung anderer Nahrungsmittel trifft die Arbeiterschaft in erster Linie in ihrer Eigenschaft als Konsumenten. Aber darüber hinaus haben sie auch als Produzenten ein lebhaftes Interesse daran, daß der herrschenden Teuerung mit scharfen Mitteln zu Leibe gerückt wird. Denn auf die Dauer muß die Verteuerung der Lebenshaltung auch auf das Arbeitsverhältnis des Arbeiters von Einfluß sein, indem sie seine Kaufkraft schwächt, den Geschäftsgang der Industrie beeinträchtigt und dem Arbeiter die gewerkschaftliche Möglichkeit zur Verbesserung der Lohnverhältnisse verächtlicht. Das trifft nicht für alle Industriezweige in gleichem Maße zu. Die Schweißindustrie wird in der Beziehung von den Verhältnissen nicht so leicht berührt. Aber desto mehr auch alle jene Gewerbe, die ganz oder in der Hauptsache für den Massenkonsum arbeiten: wichtige Zweige der Kleinenindustrie, das Schuh- und Ledergewerbe und nicht zuletzt unsere Textilindustrie mit ihren bedeutenden Nebengewerben, wie Konfektionsindustrie usw. Diese Gewerbe verspüren eine lange dauernde Teuerung schließlich auch in ihrem Beschäftigungsgrade. So werden Arbeiter und weite Kreise des kleinen Beamten- und Handwerkerstandes und des gewerbetreibenden Mittelstandes durch eine Teuerung doppelt getroffen: als Konsumenten und als Produzenten.

Die „Textilwoche“ bringt drei Schreiben von Detailgeschäften der Textilbranche, die alle drei besagen, daß die Teuerung der Lebensmittel in der Textilbranche entschieden empfunden, daß der Bedarf an Textilwaren elugeschränkt wird. Eine Aachener Firma z. B. schreibt:

„Die einfachen, die guten und besseren bürgerlichen und die meisten Beamtenfamilien müssen sich schon seit Jahr und Tag die denkbar größte Einschränkung auferlegen, um den Ansprüchen des täglichen Lebens einigermaßen gerecht werden zu können. Da Meizen, Nahrungsmittel und sonstiger Unterhalt andauernd kostspieliger werden, greift die praktische Hausfrau zu dem Hilfsmittel, billigere Kleidungsstücke zu kaufen. Die Preislagen verschieben sich zusehends mehr und mehr nach unten. Eine neue, nicht leichte, große Aufgabe ist dadurch für solide Geschäfte entstanden: daß wir moderne, gute, haltbare Waren in Stoffen und Konfektion für wenig Geld liefern sollen. Man verlangt natürlich obendrein, daß diese billigen Artikel genau so viel vorstellen und ebenso lange halten sollen, wie die früher zu zweimal und dreimal so hohen Preisen gekauften Gegenstände. Es wäre eine unendliche Wohlthat für alle Bevölkerungsklassen (ausgenommen der oberen Zehntausend, die nicht zu rechnen brauchen), wenn etwas gesehen könnte, was dem glänzenden Glend zahlloser braver Leute wirksam Abhilfe schafft.“

Es zeigt sich also, daß in den breiteren Volksschichten bereits an der Kleidung gespart wird, und es ist klar, daß auch im Konsum anderer industrieller Erzeugnisse eine Einschränkung eintreten wird, wenn nicht die Lebensmittelteuerung abnimmt. Es ist sehr bedauerlich, daß die Regierung noch darüber den Mund nicht auf tut, welche Maßnahmen sie zur Vinderung der Teuerung und insbesondere der Fleischnot zu treffen gedenkt. Wenn unser deutsches Zollsystem einen derart starren Charakter hat, daß es nicht einmal in solchen Notzeiten Maßregeln zur Vinderung derselben zuläßt, dann wird es den Anhängern dieses Systems immer schwerer gemacht, zu beweisen, daß wir es mit einem bewährten Wirtschaftssystem zu tun haben.

Die Bedeutung der Konsumvereine. In den „Annalen des Deutschen Reiches“ würdigt ein Herr Walter Krüger in einer Weise die Arbeiter-Konsumvereine, die wert ist, hier kurz besprochen zu werden. Walter Krüger ist kein unbedingter Bewunderer der

Konsumvereine, aber er erkennt doch an, daß die Konsumvereine dadurch, daß sie den entbehrlichen Zwischenhandel ausschalten, also rationaler und billiger arbeiten und von einer erstaunlichen Lebenskraft sind, eine ungeheure Bedeutung haben. Die Quelle der Lebenskraft liegt Krüger im

„Verkaufe gegen bar, in der Flüssigerhaltung der Betriebsmittel, in der Gewöhnung der Mitglieder, ihre Ausgaben mit ihren Einnahmen sowie ihre Bedürfnisse gegeneinander richtig abzustimmen. Die Mitgliedschaft ermöglicht die Aufgabe der Abhängigkeit von dem Zwischenhändler, der durch bereitwillig gewährten Kredit den Kunden an sich zu fesseln sucht. Der verschuldete Kunde aber muß notwendigerweise mit dem Steigen seiner Verschuldung anspruchlos werden und gerät dadurch in die Abhängigkeit von dem Händler, die an Uebervorteilung grenzen kann.“

Krüger sieht die sittliche Bedeutung der Konsumvereine „in der Entwicklung des Sinnes und der Fähigkeit der Ersparnis in dem einzelnen Mitglied, in der Schulung, in der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen, die das Prinzip der Selbstverwaltung stützt“. Er bestreitet nicht, daß die Händlerinteressen durch Konsumvereine geschädigt werden, aber

„viel mehr als diese durch die Konsumvereine hervorgerufene Schädigung fällt die horrenden Schädigung in Gewicht, die die fortgesetzte und in das Ungemessene gehende Konkurrenz der Händler unter sich, die die bodenlos leichtfertige Eröffnung immer neuer Geschäfte mit sich bringt, Geschäfte, die den Todeskeim schon bei der Eröffnung in sich tragen. Fehlt es manchem Händler schon an der nötigen Warenkenntnis, so fehlt es noch viel mehr an dem nötigen Betriebskapital. Die zahllosen, durch sein Bedürfnis gerechtfertigten Geschäftsgründungen schmälern ihrerseits dem Händler Umsatz und damit Einkommen; diese Konkurrenz kann eben nicht durch Verbilligung der Preise oder durch Verbesserung der Qualität der Waren wirken, sondern nur durch Verminderung des Umsatzes.“

Schließlich wendet Krüger mit Recht ein, daß die Händlerkreise, die gegen die Konsumvereine ständig Sturm laufen, doch nur einen kleinen Teil des gewerblichen Mittelstandes repräsentieren. Zudem er dann eine Lanze für die Beamten-Konsumvereine gebrochen, schließt er:

„Wegen dem Geist der Zeit aber sündigt der der Konsumvereine bekämpfend, die gerade in weitem Umfang eine bessere Lebenshaltung durch Ersparnisse an hauswirtschaftlichen Ausgaben ermöglichen.“

Soweit Krüger. Die jetzige Teuerung weist wieder mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit und auf die große sittliche und volkswirtschaftliche Bedeutung der Arbeiter-Konsumvereine hin. Die Zugehörigkeit zu einem auf christlich-nationaler Grundlage beruhenden Konsumverein ist für den christlichen Arbeiter eine notwendige Ergänzung seiner Mitgliedschaft in der christlichen Gewerkschaft.

Was nun die Bekämpfung der Konsumvereine durch einige Kreise des Mittelstandes betrifft, so erinnert sich der Verfasser dieser Zeilen gerne der Verhältnisse in seiner Heimat. Auch dort wurde ein Konsumverein des westdeutschen Verbandes gegründet. Die Handwerker- und Händlerkreise bombardierten ihn fortwährend mit Angriffen und Verdächtigungen, als ob es die erste und heiligste Pflicht der Arbeiter sei, einer Anzahl Händler, die selbst zum Teil aus dem Arbeiterstande hervorgegangen waren, und sich durch teure Preise und ein ausgedehntes Vorherrschaft gute Einkünfte gesichert hatten, einen guten Tag zu verschaffen. Als wir nun mal die Mitglieder des Konsumvereins durchsahen, ergab sich zu unserer Verwunderung und Ergötzung, daß eine ganze Reihe der schreienden Handwerker — selber Mitglied des Konsumvereins war.

Aus unserer Industrie.

Die Aussichten für das deutsche Baumwollgeschäft.

Von den großen deutschen Industriezweigen hat wohl im laufenden Jahre keiner so fortgesetzte Wandlungen in seiner gesamten geschäftlichen Lage durchzumachen wie die Baumwollindustrie. Hier geht es zeitweise in fast überstürzten Verhältnissen vorwärts, dann wieder tritt eine allgemeine Stocung ein. Der Grund hierfür liegt ausschließlich in der eigenartigen Lage des Rohstoffmarktes, die den Baumwollinteressenten gerade wieder in diesem Jahre ein Rätsel nach dem andern aufgibt.

Am Beginne des Jahres 1912 wurde eine längere Zeit niedriger Baumwollpreise angenommen. Die amerikanische Baumwollernte

mit ihrem Riesenertrage von 16 Millionen Ballen mußte nach den üblichen Verbrauchsberechnungen einen Ueberfluß von 2 Millionen Ballen über den vorhandenen Bedarf ergeben! Indes, schon in den ersten Monaten zeigte sich, daß die Annahme auf Beibehaltung des niedrigen Preisstandes trügerisch war. Von Monat zu Monat stieg der Preis der amerikanischen Baumwolle. Für Upland-Middling wurde, nach einem Bericht des „Berliner Tageblattes“, dem wir diesen Artikel entnehmen, in Bremen notiert: Anfang Januar 47 Pfg., Anfang April 56, Anfang Juli 61 1/4 Pfg., und sie erreichte am 30. Juli mit 70 1/4 Pfg. den Höchststand des Jahres. Also im Zeitraum eines halben Jahres eine Preissteigerung um rund 50 Prozent! Man hat sich lange Zeit den Kopf zerbrochen, wie denn bei einem so enormen Baumwollvorrat eine solche Preistreibererei möglich war. Als Grund fand man zunächst die qualitative Verschlechterung der letzten amerikanischen Baumwollernte, die einen größeren Teil des Ertrags wenig brauchbar machte, dann aber stellte sich plötzlich Anfang Juli heraus, daß entgegen den bis dahin verbreiteten Nachrichten die

Anbaufläche für die neue Ernte

verringert worden war, und zwar um 7 Prozent nach der Schätzung des amerikanischen Ackerbauvereins. Die Folge war die angegebene starke Preissteigerung im Juli, der von der amerikanischen Hauspartei noch durch die üblichen Ausfremungen über Verschlechterung des Wetters usw. nachgeholfen wurde. Im August beruhigte man sich jedoch wieder einigermaßen. Man kam zu der Ueberzeugung, daß die Angst vor einer unzureichenden Ernte doch übertrieben war; die Preise gingen infolgedessen wieder bis auf 60 Pfg. zurück. Demgegenüber hat wieder der Anfang September erschienene Bericht des amerikanischen Ackerbauvereins, der den Stand der Ernte auf 74,8 einer idealen Ernte schätzt, ein kleines Anziehen der Preise bewirkt, obwohl seine Beurteilung der neuen Ernte gerade nicht ungünstig ist.

Das Auf und Ab des Rohstoffmarktes

hat fast während des ganzen Jahres dem Baumwollgeschäft seinen Stempel aufgedrückt. Die anziehende Tendenz in den ersten Jahresmonaten ist fast allgemein für Spinnerei und Weberei günstig gewesen. Alle Kreise besaßen sich in dieser Zeit, sich auf Grundlage der niedrigen Preise noch rasch einzudecken. Namentlich in Baumwollgarnen sind auf diese Weise große Abschlässe zustande gekommen, und man prophezeite daher besonders der Baumwollspinnerei ein gutes Jahr. Indessen fing man schon um die Mitte des Jahres an, skeptischer zu werden. Die Baumwollpreise hatten eben schon wieder eine Höhe erreicht, die man nicht mehr als normal ansah, die Abnehmer begannen infolgedessen zurückhaltender zu werden. Wohl hat dann in den Monaten Juli und August die stark anziehende Tendenz zu manchen größeren Käufen gereizt, aber im allgemeinen zog man es in dieser Zeit vor, noch abzuwarten, wie sich der Rohstoffmarkt weiter entwickelt.

Das ist auch die Tendenz, die jetzt noch im Geschäft vorherrscht. Die amerikanische Baumwollernte steht vor dem letzten kritischen Stadium. Die nächsten Wochen werden daher die Hauptentscheidung über die Höhe der Ernte und damit der Preislage bringen. Nach dem gegenwärtigen Stande wird man wohl erwarten dürfen, daß das Ergebnis qualitativ und quantitativ soweit befriedigen wird, daß eine mittlere Preislage eintreten wird.

Damit wird man aber auch darauf rechnen können, daß das Baumwollfabrikationsgeschäft sich günstig weiter entwickelt. Gegenwärtig herrscht noch ziemlich allgemein

gute Beschäftigung

in der deutschen Baumwollindustrie. Von Deutschlands Hauptkonkurrenten, der englischen Baumwollindustrie, wird sogar über sehr gute Beschäftigung berichtet. Erreichen die Preise in der nächsten Saison keine übernormale Höhe, so wird sicherlich die gute Beschäftigung weiter anhalten. Dafür bürgt vor allem der flotte Gang der sonstigen Industrie, die mit ihrer großen Arbeiterzahl einer der Hauptabnehmer der Baumwollindustrie bleibt. Auch die gute Verfassung der meisten Auslandsmärkte sorgt für einen flotten Absatz deutscher Baumwollfabrikate, wenn auch hier und da die hohen Zölle das Geschäft schwierig machen.

Ein Faktor ist allerdings noch in der letzten Zeit hinzugetreten, um auf die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes nachteilig einzuwirken: die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel. Erfahrungsgemäß übt diese gerade auch auf den Absatz von Baumwollzeugnissen einen ungünstigen Einfluß aus, da die weniger bemittelten Klassen in teuren Zeiten zuerst hinsichtlich der Kleidung zu sparen pflegen.

Gewirte Tapeten

(Nachdruck verboten.)

Wie wir noch hier und da in den Fremdenmagazinen alter Schöpfer beobachtet können, schmückten die Sarazenen ihre gewirkten Tapeten mit Blumenmustern oder auch mit geometrischen Figuren. Die Flamländer hingegen stellten gern auf ihren historischen und allegorischen Szenen dar, und die größten Künstler, ja sogar Raphael Sanzio selbst, hielten es nicht unter ihrer Würde, für die hochentwickelte Kunst der Teppichweberei Karons zu entwerfen und auszuführen. Einige derartige Karons Raphaels befinden sich jetzt, wie Cabinet-Mate rümeri, im Museum von Kensington.

In Frankreich war es Jean Gobelin, ein Wollfärber, der die ersten großen Erfolge auf dem Gebiete der Tapeten- („Gobelin“-)weberei aufzuweisen hatte. Zweifellos waren dieselben seiner außerordentlichen Geschicklichkeit und seinem besonderen Geschmack im Färben von Wolle zuzuschreiben. Die frühe zartere Abtönungen und Farben war ersichtlich. Zwischen den Farben des gewirkten Baldes und des Gemäldes, dessen Kopie es bildete, war in der Folge vielfach kaum ein Unterschied ersichtlich. Im Anfange des 17. Jahrhunderts gründeten die Brüder Canave in dem früheren Hause Jean Gobelins eine kleine Tapetenweberei, die später von einem Holländer namens Blau mit Hilfe geschickter Hilfskräfte fortgeführt wurde. Sein Erfolg war ein beachtlicher, daß 1667 auf Anregung von Colbert, dem Minister Ludwigs XIV., das Etablissement von der Krone angekauft wurde und als königliche Manufaktur begründet wurde; weiter derselben wurde Vertram. Eine königliche Teppichfabrik bestand bereits seit 1615. Sie führte den Namen La Savonnerie, da in den von ihr benutzten Gebäuden früher eine Seifenfabrik bestanden hatte. Die Savonnerie, wie auch die Gobelinfabrik wurden unter den folgenden Herrschern zur hohen Blüte gebracht. 1826 wurden beide vereinigt. In Beauvais

im Departement Oise entstand eine kleine Fabrik, deren Erzeugnisse etwas abweichender Art sind.

Die Herstellung der alten Gobelins war eine sehr mühevolle. Eine Reihe von Fäden wurde vertikal nebeneinander in einen Rahmen eingezogen, und das Muster wurde zum Abarbeiten dahinter gesetzt. Um das Muster nachzuarbeiten, hatte der Arbeiter eine Anzahl von Holzadeln, in deren Dehr er Woll- und Seidenfäden der erforderlichen Farben einfädelt, und diese zog er durch die aufrechtstehenden Kettenfäden hindurch und zurück, so daß jeder Faden mit der gewünschten Farbe bezogen wurde. Die alte Kunst ist noch nicht erloschen, wenngleich auch hier die Maschinerie solche Fortschritte gemacht hat, daß der früher nur durch besonderen Fleiß und große Geschicklichkeit erzielte Effekt jetzt mit verhältnismäßiger Treue bei geringen Kosten mittels eines rein mechanischen Prozesses erreicht wird. Sehr ähnlich der ursprünglichen Methode ist die auch noch gegenwärtig in China und Japan für die bekannten wunderbaren Handstickereien angewendete Technik.

Napoleon III. liebte es, die neueren Werke der Gobelinfabrik als kaiserliche Geschenke zu vergeben. Sie wurden aber im verhältnismäßig geringer Zahl produziert und sind außerordentlich wertvoll.

In der Fabrik zu Beauvais gelangt eine andere Technik zur Anwendung. Das Produkt hat eine rauhere Oberfläche von gleichfalls sehr schöner Wirkung und bildet ein Mittelglied zwischen gewirkten Tapeten und Teppichen.

Fusionen in der Textilindustrie

Drei rheinische Appretur- und Färbereiunternehmungen der Seidenindustrie, Alexander Schlieper (Wohwinkel), F. H. Haag (Düsseldorf) und Hildner Stückfärberei m. b. H., zwischen denen bisher schon eine Interessengemeinschaft bestanden hat, sollen, wie die „Kölnische Zeitung“ kürzlich mitteilte, sich völlig zusammenschließen und die Form einer Aktiengesellschaft annehmen. Zugleich meldet dasselbe Blatt, daß die Firmen Rauhen Gebr., Strangfärberei, Minhorst u. Schultes, Stück- und Strangfärberei, C. L. Säger, Sohn, Appretur, die ihre Betriebe sämtlich in Krefeld unterhalten, Aktiengesellschaften bilden, und zwar jede für sich, dann aber durch Verträge eine Interessengemeinschaft schaffen werden. Diese Umgründungen von privaten Betrieben in Aktiengesellschaften und Errichtungen von Interessengemeinschaften häufen sich förmlich in der Textilindustrie, und zwar in der Baumwoll-, Woll- und Seidenindustrie, sowohl in der Spinnerei und Weberei als auch in den Hilfsbetrieben.

Erst man einige Jahre zurück, so findet man ein Auswachen der Fusionstätigkeit auch in der Textilindustrie. Im Jahre 1907 vereinigte sich die Norddeutsche Wollkammerei, Bremen, mit der Weisk junior in Langensalza, mit der Bischoff u. Robak in Hamburg und mit der Berlin-Neuendorfer Aktienweberei; die Thüringische Wollgarnspinnerei, Langensalza, mit der Leipziger Strickgarn A.-G.; die Kammgarnspinnerei und Weberei Eitorf mit der Schöellerischen Kammgarnspinnerei in Breslau und die Mecklen. Weberei Fischen Lugsburg mit Bachmann u. Voeh, Berghofen. Vereinigungen größerer Textilbetriebe sind dann wieder im Jahre 1909 zu verzeichnen, und zwar übernahmen die Ver. Werkstätten für Kunst und Handwerk, München, die Bremer Woll-Industrie A.-G., vorm. F. G. Hagenmayer i. Lq.

Zu einem Betrieb verbunden sich die Samtappretur-Presserei von Kempen u. Müller, Krefeld, die Stoffappretur C. L. Lenger Sohn, Krefeld, Karl Oberlat, K. A. Bierman u. Sohn, Krefeld, und die Stoffappretur und Moirieranstalt Heinrich Laß, Krefeld. Ferner verbunden sich die Grunow'sche Textilwaren A.-G., Grünberg, mit F. E. Grunow's u. Söhne zu Neusalz, Lauban und Konstantz; die Englische Wollwaren-Manufaktur Grünberg in Schlesien, mit der Schlei. Tuchfabrik A. Wolff A.-G., Grünberg; die Spitzenappretur Plauen mit Fr. Aug. Dresler, Appretur, und die Spinnerei und Wuntweberei Pfeffer mit der Spinnerei und Weberei Ulm.

Mehrere Fusionen folgten im Jahre 1910, und zwar erwarb die A.-G. F. H. Hammer die Firma Kreymburg u. Schlem; die Filzfabriken Gienzen a. d. Brenz die Bayer. Wollfilzfabrik A.-G.; die Gebhard u. Co. A.-G. in Wohwinkel die Seidenweberei Biema u. Co. Krefeld und die Thüringer Wollgarnspinnerei A.-G. in Langensalza die Webwaren Strickgarnspinnerei A.-G. Eine der größten Fusionen im Jahre 1911 war die Uebernahme der Firmen Anton u. Alfred Lehman A.-G., Ludwig Lehmann A.-G., John Blackburn Nachf. Albert Müller, Nagler u. Co. durch die Berlin-Südamerikaner Wollwarenfabrik A.-G.

Weiterhin vollzogen sich während des Jahres 1911 Zusammenschlüsse der Blaueser Spitzenfabrik H. Herz u. Co. A.-G. mit der Firma Seydler u. Bäckermann in Plauen; der Tüllfabrik Hölha A.-G., Plauen, mit der Georg Liebermann Nachf., Kommanditges. a. A.; der Kammgarnspinnerei Eitorf u. Co. A.-G. mit der C. F. Solbrig Söhne A.-G.; der deutschen Kunstleder-A.-G., Köln, mit den Kunstlederfabriken von Karl Bodbacher S. m. b. H., Summersbach; der Vereinigten Glanzstofffabriken A.-G., Elberfeld, mit den Fürst Guido Donnermann'schen Kunstleder- und Acetatwerken, Cyndow-Sauerstein, und der Kattundruckerei F. Sudert A.-G., Oberlangenbielan, mit der Firma F. Sudert, Oberlangenbielan.

So lang diese Reihe der Fusionen von Textilunternehmen ist, auf Vollständigkeit kann sie dabei noch keinen Anspruch erheben.

Aus dem Verbandsgebiete.

Resultat

zur Liste der gewählten Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung in Elberfeld.

Table with 3 columns: No., Name und Wohnung der Delegierten, Erfahrmänner. Row 1: 21 Nikolaus Korr, Brand, Branderheide 2, Karl Marko, Saaren, Hauptstraße 104. Row 2: 24 Johann Böhm, Höfen (Kr. Montjoie), Joseph Berger, Friesenrath b. Walheim.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung

Wenn diese Nummer unseres Organs in die Hände der Mitglieder kommt, haben die Delegierten bereits ihre vielfache Reise nach der schönen Metropole des Wuppertales Elberfeld, angetreten. Schwere und verantwortungsvolle Arbeit harret ihrer. Will es doch, die Richtlinien unserer Wirkens für unsern christlichen Textilarbeiterverband für weitere zwei Jahre festzulegen und den Verband auf ein kräftigere Basis zu stellen. Neue Agitationsmöglichkeiten werden erörtert werden und auch dem inneren Ausbau unsern Verbandes wird ein großer Teil der Beratungen gewidmet sein. Einen nicht geringen Teil von Zeit wird jedenfalls auch die Lokalbeitragsfrage einnehmen. Wer ab unser Organ in den letzten Wochen aufmerksam gelesen hat, der wird gefunden haben, daß der größte Prozentsatz der Ortsgruppen den Lokalbeitrag schon freiwillig zahlen. Den noch zögernden Mitgliedern möchte ich folgenden Hinweis geben, welcher in Nr. 11 unseres Organs vom Jahre 1905 veröffentlicht wurde und auch heute noch sehr wohl auf die Lokalbeitragsfrage angewendet werden kann, erneut ins Gedächtnis zurückrufen:

Verbandsgenossen, auf zu ernstem Ringen, Die Knäuserer muß jetzt ein Ende nehmen, D, opferfreudig sein vor allen Dingen, Sonst müssen wir uns als Verbändler schämen.

Den höher'n (Lokal) Beitrag freudig einzuzahlen Set eine Christenpflicht der Bruderliebe, Und wer sich weigert, darf gewiß nicht prahlen, Daß seinem Stand er gar nichts schuldig bliebe.

Der echte Geist, ach mög' er keinem fehlen, Kein leerer Wahn sei der Kollegen Treue, Mehr Opferinn soll ferner uns beselen, Damit zu spät nicht Platz greift bit're Neue.

Auch du, Kollegin, darfst gewiß nicht zaudern, Die ernstesten Zeiten mußst auch du verstehen, Was sie erfordern? — Kein umständlich Blaubern, Für den Verband nicht auf fünf Pfennig sehen.

Die Schlafmütze fort, wir haben große Ziele, Und kleinlich Knickern hemmet unser Streben. Wenn der Verband den Knäusern anheim fielen, Das wär' ein Schlag für das Gewerkschaftsleben. Fort! (Lautst.)

Noch in später Stunde möchte ich das Wort zu den Anträgen für unsere Verbandsgeneralversammlung nehmen. Sagen wir da Samstag abends im Eisenbahnabteil die Strecke Nachen-Montjoie unter einigen Vertrauensleuten zusammen. Raum hat sich der Zug der Kraft des Dampfes und der Maschine gefügt, ist auch das Wort „Verband“ in die Debatte gekommen, selbstverständlich auch der in Aussicht genommene Lokalbeitrag. Von einigen Kollegen ging diesem arg an den Fragen, denn nach ihrer Meinung ist die Höhe der Beiträge bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit gediehen. Man konnte es nicht begreifen, daß die Ortsgruppe Würzelen des Nachener Bezirks den Lokalbeitrag eingeführt hatte. Da fiel ich ein und gab bekannt, daß auch die Ortsgruppen Durscheid und Baals mit dem 1. Oktober den Lokalbeitrag einführen würden. Aber das wußte man bereits, nur nicht, daß auch ich die Notwendigkeit der Einführung der Zentralkasse eingesehen hatte. Da wurde es plötzlich ziemlich laut und lebhaft. Neben uns stehen einige Fremde aus dem anliegenden Rupee. Während mein Freund mir gegenüber noch heftig loszieht, hören wir ein psi, psi.

Kollege K., der auch hinzugekommen war, verteidigt auch die Notwendigkeit des Lokalbeitrages und verliest einige Zahlen. Es war sehr still geworden. „Langsam, langsam“, ruft der eifrige Gegner, „ich will sie mir notieren. Also, von vorne! 234000 M. zahlte unser Verband im Jahre 1911 an Streit- und Gemafregelungenunterstützung. Allein die münsterländische Unterstützung verlangte 177000 M. Wie wäre es, wenn wir auch unser Bezirk einmal ansähen? Da haben wir in den letzten 3 Jahren in Nachen und Umgegend allein 41871 M. an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung erhalten, das habt ihr gewiß noch wenig gewußt. Aus den Abrechnungen habe ich auch gesehen, daß die Ortsgruppe Kettens im Jahre 1910 nicht 1 Pfg. an die Zentralkasse abliefern. Dabei lieferten auch die Ortsgruppen nichts ab, die ich jetzt meine und denen wir alle angehören: Katterherberg, Raeren und Eilendorf je ein Quartal, Montjoie und Höfen je zwei Quartale, Koetgen und Jungentroid je drei Quartale. Das sind zusammen in der Zeit vom 30. Juni 1910 bis zum 1. Juli 1912 acht Ortsgruppen, die in 15 Quartalen keinen Groschen an die Zentralkasse abliefern und dazu noch enorme Zuschüsse erhielten. Die Krise war die Ursache, und wir haben diese Gelder erhalten. Dabei sind aber die Vermögen der Ortsgruppenkassen in derselben Zeit noch von rund 3800 M. auf 5300 M. gestiegen. Ich meine mein vis à vis, „das ist etwas, das habe ich noch nicht gehört.“ Wenn unser Kassierer uns das auf der letzten Verbandsversammlung unserer Ortsgruppe auch gesagt hätte, so hätte ich

nich geschämt, gegen eine Erhöhung von 5 Pfg. zu sprechen, denn auch ich habe schon ziemlich viel Unterstützung bezogen.
 Ein Teil unserer Zugversammlung stieg nun aus. Nur einer war unterwegs noch nicht unserer Ansicht. Soviel ich jetzt erfahren habe, wollen die anderen auch für die Erhebung des Lokalbeitrages eintreten, denn, wo solche en o r m e n Summen ausgezahlt wurden, ist es auch wirklich beschämend, sich gegen eine Erhöhung von 5 Pfg. aufzulehnen.

An die Delegierten des Racherer Bezirkes und auch der Generalversammlung richte ich die dringende Bitte, 1. für den Lokalbeitrag einzutreten, 2. die Unterstützungen, besonders die Krankenkassenunterstützung nicht zu viel zu kürzen und 3. die Organisation der Jugendlichen nach Kräften zu fördern.

Ein Kollege aus dem Bezirk Rachen.

In Nr. 35 unserer Zeitung schreibt ein Kollege, man solle die Arbeitslosenunterstützung fallen lassen. Dem ganzen Artikel schreibe ich mich voll und ganz an, denn so schön und nützlich diese Einrichtung ist, der Verband wird sich daran verbluten, trotz erhöhter Beiträge. Ich möchte den Vorschlag machen, daß man die Kranken- und Arbeitslosenversicherung getrennt auf freiwilliger Grundlage schaffen möge, denn es sind nicht immer die eifrigsten Mitglieder, die die höchsten Beiträge zahlen. Daß Ortsgruppen zu ihren vollen Einnahmen noch Zuschüsse aus der Zentralkasse haben müssen, muß doch jedem vernünftig Nachdenkenden die Einsicht bringen, daß es so nicht weiter gehen kann. Deshalb nochmals: freiwillige Arbeitslosen-Versicherung oder keine, weil sie die Verbandskasse zu schwer belastet.

W. L. Rachen-S.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Forst (Lautz).

Mit einem Erfolg für die Arbeiter ist der Streik bei der Firma Friy Fabian nach sechstägiger (nicht sechs-wöchiger, wie es in der vorigen Nummer irrtümlich hieß) Dauer beendet worden. Dieser Streik hätte vermieden werden können, wenn die Firma sich dazu verstanden hätte, sich mit der Arbeiterschaft früh genug zu einigen. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband führten ebenfalls zu keinem annehmbaren Resultat. Es wurde festgestellt, daß in der Kommission der Arbeitgeber Herren saßen, welche ihren Webern längst das bezahlten, was die Belegschaft von der Firma Fabian forderte. Trotzdem stellte sich die Kommission auf den Standpunkt, die Firma brauche nicht mehr zu zahlen, weil in ihrem Betriebe hohe Durchschnittslöhne erzielt würden. Von der Firma war ein Durchschnittslohn von 24,69 M. die Woche herausgerechnet worden, dessen Richtigkeit von den Streikenden jedoch sofort angezweifelt wurde. Nun galt es, den Gegenbeweis zu erbringen, was denn auch gelang. Ein großer Teil der Weber war in der Lage, ihren Lohn für einige Jahre nachweisen zu können, wodurch es möglich war, die Angaben der Firma zu widerlegen.

Um einen Durchschnittslohn von 24,69 M. herauszurechnen, hatte die Firma eine eigenartige Berechnungsmethode aufgestellt. Anstatt den Lohn eines halben oder eines viertel Jahres zu berechnen, ging dieselbe dazu über, die acht besten Wochen herauszuziehen, in einzelnen Fällen auch neun, bei andern sogar nur sieben Wochen. Nur dadurch war es möglich, den von ihr angegebenen Lohn herauszufinden. Dieses Rechenkniffstück beweist am besten, wie notwendig es ist, daß alle Arbeiter noch mehr wie bisher dazu übergehen müssen, ihren Lohn genau zu notieren, um bei vor kommenden Bewegungen irreführende Angaben von seiten der Unternehmer entkräften zu können. Von der Belegschaft waren folgende Forderungen aufgestellt worden:

- 1. Für dicke Ulster bisher 12 Pfg. pro 1000 Schuß in Zukunft 12 1/2 Pfg.
- 2. Für feine Ulster bisher 11 1/2 Pfg. pro 1000 Schuß, in Zukunft 12 Pfg.
- 3. Für feine Ulster mit Metho bisher 11 Pfg. pro 1000 Schuß, in Zukunft 11 1/2 Pfg.
- 4. Arbeiten mit gezwirntem Schuß bisher 10 1/2 Pfg. pro 1000 Schuß, in Zukunft 11 Pfg.
- 5. Arbeiten mit gezwirntem und einfachem Schuß bisher 10 1/4 Pfg. pro 1000 Schuß, in Zukunft 11 Pfg.
- 6. Das Bäume tragen wird wie bisher mit 10 Pfg. pro Person bezahlt.

Der Erfolg dieses Kampfes war folgender: Die beiden ersten Forderungen wurden fallen gelassen, die andere dagegen bewilligt. Dieses Resultat wurde der Belegschaft unterbreitet, und erklärte sich dieselbe mit dem Erzielten zufrieden, worauf die Arbeit wieder geschlossen aufgenommen wurde. Die Bewegung hat wieder gezeigt, daß nur durch eine gut organisierte Arbeiterschaft etwas erreicht werden kann. Es ist nun Pflicht der Belegschaft, dafür zu sorgen, daß die Einigkeit, welche während der Bewegung herrschte, auch in Zukunft bestehen bleibt, denn nur dadurch ist es möglich, das Erreichte auch erhalten zu können.

Aber noch ein anderes Moment verdient hier hervorgehoben zu werden, und zwar eine Lehre, welche die Zeitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes hier selbst beherzigen möge. Die Bewegung hat nämlich gezeigt, daß die Mitglieder genannten Verbandes mit einem Bewußtsein, der in einer sehr schlecht besuchten Versammlung der Filiale des „deutschen“ Verbandes gefaßt worden war, nicht einverstanden sind. Nach diesem Beschluß soll den Vertretern des christlichen Verbandes in Belegschaftsversammlungen das Wort nicht mehr erteilt werden. Von Mitgliedern des genannten Verbandes wurde, allerdings zum Leidwesen der Führer, ganz energisch verlangt, auch dem Vertreter des christlichen Verbandes Gelegen-

heit zu geben, seine Meinung und Ansichten zum Ausdruck zu bringen.

Mögen unsere Kollegen und Kolleginnen die richtige Lehre aus dieser Bewegung ziehen und mit daran arbeiten, den Gedanken der Organisation immer weiter auszubreiten und für die Stärkung des Zentralverbandes christlich-nationaler Textilarbeiter Deutschlands zu sorgen.

Sachsen-Thüringen.

Zur Lohnbewegung unter den Färbern. In den Betrieben der „Sächsisch-Thüringischen Färberkonvention“ ist am 26. August folgende Bekanntmachung zum Ausgang gekommen:

Wir nehmen Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 2. August d. J. und geben folgende vom 1. Jahrtag im Oktober in Kraft tretende Lohnerhöhungen bekannt:

Die Arbeitszeit beträgt einheitlich 58 Stunden wöchentlich. Soweit nicht Abfordböhne eingeführt sind, werden die Löhne künftig einheitlich nach Stunden bezahlt und zwar gelten folgende Mindestlöhne:

1. Für Färbereiarbeiter und Appreturarbeiter über 18 Jahre und über 6 Monate in demselben Betriebe pro Stunde 30 Pfg., über 18 Jahre aber unter 6 Monate in demselben Betriebe pro Stunde 27 Pfg., für Arbeiter unter 16 Jahre alt 18 Pfg.

2. Ueberstunden-Mindestlöhne: Für Arbeiter bei Stundenlohn bis 27 Pfg., pro Ueberstunde 30 Pfg., für Arbeiter bei Stundenlohn bis 30 Pfg., pro Ueberstunde 35 Pfg., für Arbeiter bei Stundenlohn über 30 Pfg., pro Ueberstunde 40 Pfg., für Arbeiterinnen pro Ueberstunde 20 Pfg.

Eine prozentuale Lohnerhöhung aller Löhne konnte nicht bewilligt werden.

Greiz, den 26. August 1912.

Die Mitglieder der Sächsisch-Thüringischen Färberkonvention.
(Folgen Namen.)

Berichte aus den Ortsgruppen.

Cottbus. Durch eine Annonce in der hiesigen neuen Zeitung (Niederlausitzer Bote) hatten wir auf eine außerordentliche Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht. In der vorherigen Nummer brachte die Zeitung einen Artikel über „die christlich-nationalen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung“ vom Gewerkschaftssekretär Voigt-Dresden. Zur Versammlung hatte die Redaktion der neuen Zeitung in zu-vorkommender Weise einen Redakteur zur Berichterstattung geschickt. Aber leider war die Versammlung wieder schwach besucht. Der Chef-Redakteur der neuen Zeitung hat versprochen, uns nach Kräften zu unterstützen, was uns bisher immer gefehlt hat. Es wäre zu wünschen, daß die Mitglieder nun auch ihrerseits das Ihrige täten, damit unsere Ortsgruppe vorankäme. An Unterstützung von der Presse wird es nicht mehr fehlen. Zur Diskussion stand der Antrag Nr. 5 des Zentralverbandes in Nr. 35 unserer Zeitung. In der Annahme, daß dieser Antrag von der Generalversammlung angenommen werden wird, wurden die Mitglieder aufgefordert, in der nächsten Versammlung Vorschläge zu einer systematischen Winteragitation zu machen.

Außerdem wurde gesprochen über Antrag 95, über Lohnstatistik, Lohnkarte und Lohnkarten. Die Mitglieder wurden gebeten, die Lohnkarten bis auf weiteres fleißig und gewissenhaft auszufüllen. Hauptsächlich bekommt die Agitation einen neuen Aufschwung in unserer Ortsgruppe, wenn der Kollege Spierkötter seinen Einzug in Cottbus vollzogen haben wird. Unserer Ortsgruppe fehlt es hauptsächlich an jungen Kräften.

Gera. Unsere am 13. August im Hotel „Jägerhof“ statt-gefundene Mitgliederversammlung war im Gegensatz zur Generalversammlung erfreulicherweise besser besucht. Der Vorsitzende, Kollege Steingrüber, eröffnete dieselbe, worauf die Wahl eines Schriftführers vorgenommen wurde. Gewählt wurde Kollege Johann Warts. Das Amt eines Vertrauensmannes übernahm der Kollege Prager. Alsdann erstattete der Kassierer den Kassenbericht, welcher für richtig befunden wurde. Für die Mißverwaltung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Ferner wurde die Beteiligung an der säch-sischen Landeskonferenz christlicher Gewerkschaften beschlossen und als Delegierter einstimmig Kollege Steingrüber gewählt. Kollege Melcher aus Greiz gab dann noch einen kurzen Bericht über die Lohnbewegungen im hiesigen Bezirk, worauf der Vorsitzende die Versammlung, mit dem Hinweis auf den Besuch der nächsten Versammlung schloß.

Greiz i. Vogtland. Die am 31. August abgehaltene Versammlung war äußerst gut besucht. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurden für die Gautonferenz die Kollegen Fickel und Schmidt mit Stimmenmehrheit als Delegierte gewählt. Darauf fand eine allgemeine Besprechung der „neuen Lohnerhöhungen“ für die Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen statt. Kollege Melcher gab einige Ausführungen hierüber, bei welchen festgestellt werden konnte, daß durch das neue Lohnsystem Lohnerhöhungen stattfinden. Auch ein einheitliches Lohnsystem ist geschaffen worden. Dieses Verdienst hat sich unser Textilarbeiterverband durch seine Ein-gabe erworben, wie Kollege Melcher an einigen Beispielen beweisen konnte. Es wurde beschlossen, sofort durch Fragebogen Erhebungen über die Wirkung der neuen Löhne vor-zunehmen. Bedauert wird allgemein, daß die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren bei dieser Bewegung leer aus-gegangen sind. In dieser Angelegenheit soll bei passender Zeit ein weiterer Schritt getan werden.

Unter Verschiedenes wurde beschlossen, das diesjährige Stützungsfest am 13. Oktober bei Gräfers abzuhalten. Das Versammlungsweesen soll dabei reformiert werden, daß im Winter (Oktober-März) auch in den umliegenden Ortschaften Versammlungen für unsere Mitglieder und deren Familien-angehörige stattfinden sollen.

Heidenheim. Die Wahl zum Arbeiterausschuß bei der Firma „Kattunmanufaktur“, welche am 24. August d. J. stattfand, zeigte so recht, daß auf die indifferente Arbeiterschaft kein Verlaß ist. Während diese vor drei Jahren unsere Liste unterstützte, hat sie dieses Jahr gerade das Gegenteil getan und die rote Liste kräftig unterstützt. Wir können daher ruhig behaupten, diese Leute wissen nicht, was sie wollen. Obwohl sie fortwährend über die Machinationen der „roten Freiheitshelden“ wettern, lassen sich die Leute doch

immer noch beeinflussen, bei Wahlen ihre Stimmen für einen Sozialdemokraten abzugeben. Sollen wir ein solches Vorgehen als Angst vor den Genossen oder als Unkenntnis und Beschränktheit auslegen, zumal da die Leute sich doch so oft schon von der radikalen Zerstörungswut unserer Gegner überzeugen konnten? Denn das steht fest, daß die Genossen auch fernerhin nichts anderes für uns herausholen; denn es ist diesen doch nur darum zu tun, vor allem die Masse für ihre Parteizwecke auszunutzen. Die kommenden drei Jahre werden uns zeigen, daß in verschiedener Hinsicht geradezu eine Verschlechterung der Verhältnisse der Arbeiterschaft ein-treten wird. Wer ist schuld daran? Einzig und allein unsere noch nicht organisierten Arbeiter! Die Zukunft unserer Arbeiterschaft wird sich nach dem Wege gestalten, welchen die nicht organisierten Arbeiter einschlagen. Beharren diese bei ihrer zweideutigen Art und Weise, so wird keine Besserung für die Arbeiterschaft zu erwarten sein. Unseren Kollegen und Kolleginnen möchten wir zurufen: Zeigt diesen Leuten, was sie an uns verschuldet haben, während wir doch jederzeit für sie ein Herz hatten und schon manch Gutes für die Gesamtheit der Arbeiter erzielt haben! Erinnern wir uns nur an einen Mißstand in der Betriebskassenkasse, über welchen allseitig geklagt wurde, und welcher ganz allein von unserer Seite aus, ohne jede Mithilfe der sozialdemo-kralischen Vertreter, beseitigt wurde. Ebenso wurde manch nützliche sanitäre Einrichtung von den Arbeitgebern auf unsere Anregung hin geschaffen, was uns auch einige ehrliche Gegner bestätigt haben.

Es ist daher höchste Zeit, daß unsere noch nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sich endlich klar darüber werden, welchen Weg sie für die Zukunft einschlagen und festhalten wollen. Möchten sie endlich ihre Angst vor den Genossen ablegen und sich mit unerschütterlicher Treue zu derjenigen Arbeiterschaft schlagen, von der sie überzeugt sind, daß sie nur das Beste der Arbeiter im Auge hat!

Darum soll das Lösungswort eines jeden Nichtorganisierten sein: „Einein in die christliche Gewerkschaft! Mag der Gegner noch so gefährlich gegen mich sein, ich bin überzeugt, daß nur diese Bewegung unseren Lohn und unsere Arbeits-verhältnisse verbessern kann.“

Sommerfeld. Ihr siebentes Stützungsfest feierte unsere Ortsgruppe am 31. August. Eingeleitet wurde das in allen Teilen wohlgeungene Fest durch eine gut durchdachte Begrüßungsansprache des um die Ortsgruppe sehr verdienten Vorsitzenden, Kollege Julius Hermann. Nachdem die Musik-kapelle ihre lustigen Weisen hatte erklingen lassen, erhielt Kollege Paul Balzer aus Forst das Wort zur Festrede. Redner legte in überzeugenden Worten die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses dar. Weiter zog er Bezüge zwischen dem christlichen und den gemäßigten Verbänden und betonte besonders die Notwendigkeit, daß christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine sich gegenseitig ergänzen müßten. Zum Schluß forderte Redner alle auf, sich dem christlich-nationalen Textilarbeiter-verbande anzuschließen und sich in den Dienst der guten Sache zu stellen, damit der Verband immer mehr erstarke, zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft Sommerfelds. Die Ruhe, mit der die Anwesenden dem Redner zuhörten und der Applaus am Schluß seiner Rede bewiesen, daß die Worte des Anwesenden aus dem Herzen gesprochen waren. Ein reichhaltiges Programm sorgte für genügende Abwechslung. Die Theaterstücke wurden exakt zur Ausführung gebracht. Den Schluß des schönen Festes bildete ein Tanzchen, das die Anwesenden bis zum frühen Morgen fröhlich zusammenhielt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Das Problem der Arbeitslosen-Versicherung ist in den letzten Wochen wieder stärker in die Öffentlichkeit gerückt worden. Sowohl auf dem 12. Bayerischen Städtetage in Aushach am 8. Juni d. J. wie auf der Tagung des „Vereins für Kommunalwirtschaft“ in Berlin am 4. Juni d. J. ist die Arbeitslosenversicherung Gegen-stand eingehender Erörterungen gewesen. Auf dem Bayerischen Städtetage sprachen sich beide Referenten nachdrücklich für eine Arbeits-losen-Versicherung seitens des Reiches aus. In zweiter Linie sollen aber nach den Vorschlägen des Bayerischen Städtetages, wenn das Reich sich weigern sollte, die Versicherung einzuführen, die Städte selbst den Versuch machen, die Arbeitslosen-Versicherung zu übernehmen. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„1. Ein Schutz derjenigen Berufsgruppen, welche gegen Krankheit, Unfall und Invalidität reichsgesetzlich versichert sind, gegen die Folgen unvermeideter Arbeitslosigkeit ist notwendig. — 2. Genügende Gründe dafür, daß die deutschen Städte allein diesen Schutz zu bieten haben, können nicht anerkannt werden, vielmehr ist die Durchführung Aufgabe der Reichsgesetzgebung. Der Bayerische Städtetag stellt sich daher im allgemeinen auf den vom Deutschen Städtetag in Bosen 1911 eingenommenen Standpunkt. — 3. Sollte die Reichsgesetzgebung verfallen, so ist es den Gemeinden zu er-möglichen, freiwillig und unter staatlicher Zuschußleistung Fürsorgeeinrichtungen für Arbeitslose zu schaffen, auf der Grundlage, daß die in die Fürsorge einzubeziehenden Arbeiter und deren Arbeitgeber zwangsweise und mit Pflichtbeiträgen diesen Einrichtungen beizutreten haben. Hierzu ist die Er-laffung eines Reichs- oder Landesgesetzes erforderlich. — 4. Die königlich bayerische Staatsregierung ist zu ersuchen, zunächst im Sinne der Ziffern 1 und 2 beim Bundesrate die erforderlichen Anträge zu stellen, und, wenn diese Schritte keinen Erfolg haben sollten, im Sinne der Ziffer 3 den Erlaß eines Reichs- oder Landesgesetzes zu veranlassen.“

In der Tagung des „Vereins für Kommunalwirtschaft“ zeigte sich der Referent, Stadtrat Wedel, Kiel, als ein ausgeprägter Freund der Arbeitslosen-Versicherung, und insbesondere suchte er die Vor-züge des sogenannten „Center Systems“, einer Verbindung zwischen den Gemeinden und den Gewerkschaften, ins hellste Licht zu setzen. Dagegen be-tonte der Reichstagsabgeordnete von Halem, daß Staats-sekretär Delbrück doch wohl recht habe mit seiner Be-hauptung, die Sache sei für eine reichsgesetzliche Regelung noch nicht reif. Auch Oberbürgermeister Cuno-Hagen stellte sich der Arbeitslosen-Versicherung skeptisch gegen-über und wies namentlich auf die Gefahren und Mängel

des Genter Systems hin. In seinem Schlussworte gab der Berichterstatter selbst zu, daß er die Schwierigkeiten des Genter Systems keineswegs verkannt habe; er habe es nur deshalb empfohlen, weil es das einzige sei, mit dem man bisher überhaupt in der Praxis sehr erfolgreiche Versuche gemacht habe.

Der Arbeitsnachweis im Rheinland. Der Rheinische Arbeitsnachweisverband legt den Bericht über sein erstes Geschäftsjahr vor. In den ersten drei Monaten seines Bestehens wurden die Verbandsgeschäfte von Düsseldorf aus besorgt. Die Ueberführung der Geschäftsstelle nach Köln erfolgte am 1. Juli 1911. Hierbei konnte schon bald die erfreuliche Feststellung gemacht werden, daß die Mitglieder des früheren Düsseldorferverbandes nicht nur in der Zahl, sondern auch in der Höhe der bewilligten Beiträge treu geblieben waren. Um auch aus den Kreisen der Industrie dem Verbandsmitglieder zuzuführen, wandte sich die Geschäftsstelle mit besonderem Schreiben an die Handelskammern der Rheinprovinz, legte den Entwurf eines Verbandsstatutes, bestimmt für Vertreter der Großindustrie, zur Kenntnisnahme bei und bat um Unterstützung, namentlich nach der Seite hin, Adressen derjenigen Industriellen des Kammerbezirks aufzugeben zu erhalten, bei denen der Verband in seinem Vorgehen entgegenkommen erwarten dürfe. Gleichzeitig wurden die Handelskammern gebeten, selbst als Mitglieder beizutreten. Die Geschäftsstelle glaubte durch den Hinweis, daß den Handelskammern drei Sitze im Vorstande des Verbandes eingeräumt seien, um so eher auf deren Beitritt rechnen zu können. Der Erfolg war wenig ermutigend. Von 21 Kammern überließen nur neun das gewünschte Adressenmaterial, das zum Teil durch Besprechung zwischen dem betreffenden Kammerpräsidenten und dem Verbandsführer reduziert werden mußte, und nur zwei Kammern traten zu den drei im Vorstande befindlichen als Mitglieder neu bei. Von den an etwa 400 industrielle und gewerbliche Firmen versandten Rundschreiben wurden nur 10 mit einer Antwort bedacht, und es traten nur sechs Firmen als Mitglieder bei. Dieser Versuch mußte angestellt werden, um dem anderen Wege den Vorzug zu geben, durch persönliche Besprechungen, namentlich wenn das Gemeinsame der Interessen die Gelegenheit dazu bietet, Mitglieder zu gewinnen.

Um gleichzeitig nach vielen Seiten hin mit dem Endzweck der Errichtung neuer Arbeitsnachweise Anregungen zu geben, ergingen an sämtliche Landräte besondere ausführliche Rundschreiben, in denen die Pflicht, den allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweis auch in den mehr oder minder rein ländlichen Bezirken zur Einführung zu bringen, ausgesprochen war. Dieser Schritt war deshalb praktisch, weil es bei der Anbahnung des Verbandsgebietes unmöglich schien, Neugründungen von Arbeitsnachweisen ausschließlich durch persönliches Fühlungnehmen anzubahnen. Neben der Errichtung einer Arbeitsnachweisstelle möglichst für jeden Kreis sollen die Bürgermeister sämtlicher Gemeinden des Kreises bei sich Meldestellen unterhalten, damit Arbeitssuchende nicht erst nötig haben, die nächste große Stadt aufzusuchen, um sich über die Lage des Arbeitsmarktes zu erkundigen, und damit die Arbeitgeber vom Wohnorte aus Gelegenheit haben, nötige Arbeitskräfte zu bekommen. Die Landräte wurden weiter gebeten, die Frage der Errichtung eines Arbeitsnachweises bei Gelegenheit von Kreisversammlungen mit den Bürgermeistern zu erörtern, nebenher aber auch die Interessenten auf beiden Seiten hierüber zu hören. Durch eine derartige Behandlung der ganzen Frage glaubte der Verband nach und nach in den Besitz eines wertvollen Vorprüfungsmaterials zu gelangen, das einmal ein Bild der Verhältnisse in den Kreisen bietet und andererseits erkennen läßt, von welchen Seiten beim weiteren Vorgehen Unterstützung und Förderung zu erwarten ist. Ueber 30 Kreisverwaltungen, also mehr als die Hälfte, haben sich bereits geäußert, und mit denen von Rülheim a. Rhein, Selbern, Siegburg und Niers schweben Verhandlungen. Bei solchen Verhandlungen gilt es immer wieder dem Vortortze entgegen zu treten, daß durch die beabsichtigte Einrichtung das Abwandern vom Lande befördert werde.

Versammlungskalender

- Amerst. St. Georg. 22. September, 10 1/2 Uhr, im Lokale Witwe Berrah Clafen.
- 22. September, Versammlung für Jugendliche.
- Boisheim. 22. September, 11 Uhr, bei Heinrich Heesen.
- Darigalden. 22. September, gleich nach dem Hochamte, im Lokale Jakob Müller, Besprechung über Unterrichtsfrage.
- M.-Gladbach-Blumeburg. 22. September, 11 Uhr, bei Wilh. Helles, Lützenstr.
- M.-Gladbach-Gardenerbröck. 22. September, 6 Uhr, bei Hubert Bagger, Rühlensstr.
- Greiz. 26. September, 1/2 Uhr, bei Gräfers.
- Erzgebirge-Dahl. 22. September, 7 1/2 Uhr, bei Witwe Johann Nagel, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Reinbeck. 28. September 9 Uhr, im Lokale Anton Kommerstücken.
- Reydt. 26. September, 7 1/4 Uhr, bei Albert Paffen, Oberlindenerstr. 55, Vertrauensmänner-Versammlung.
- 22. September, 10 1/2 Uhr, bei Albert Paffen, Generalversammlung.
- Wegberg. 22. September, 9 Uhr, im Lokale Wegberger Hof, Vertrauens- u. Vertrauensmänner-Versammlung. Gleich nach dem Hochamte Mitgliederversammlung.

I. Agitationsbezirk Krefeld.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 29. September, nachmittags punkt 3 Uhr in Dülken im Lokale M. Ummeln (oben) statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht, 2. Bericht über die Generalversammlung, 3. Referat über die allgemeine Lage. Die Delegierten werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Mit kollegialem Gruß
Jakob Besch, Bezirksleiter.

II. Verbandsbezirk M.-Gladbach.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 20. Oktober, statt. Die Ortsgruppenvorstände wollen die Wahlen der Delegierten, soweit dies noch nicht geschehen, nach § 40 unseres Statuts vornehmen und die Adressen der gewählten Mitglieder dem Unterzeichneten unverzüglich mitteilen. Näheres über die Konferenz wird den Delegierten durch Rundschreiben zugestellt werden.

Mit kollegialem Gruß
Wilhelm Hermes, Bezirksleiter,
M.-Gladbach, Luperkenderstr. 30.

Agitationsbezirk Straßburg-Mülhausen.

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz für den Bezirk Straßburg-Mülhausen findet am 13. Oktober in Colmar statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die Wahl der Delegierten nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Näheres wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß!
Wilhelm Köhling, Bezirksleiter.

VIII. Bezirk Baden.

Unsere Bezirkskonferenz findet statt am Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr im „Parasch“ in Basel (Eingang Hammerstraße 56 oder Paraschweg, zwei Minuten vom Badischen Bahnhof entfernt). Die Ortsgruppen wollen in ihren nächsten Versammlungen die Delegierten wählen. (§ 40 des Statuts.) Tagesordnung u. wird den Ortsgruppen noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß!
Ernst Kümmele, Bezirksleiter.

IX. Verbandsbezirk Brandenburg-Sachsen-Thüringen.

Die diesjährigen ordentlichen Bezirkskonferenzen finden wie folgt statt:

Für die Gane Vogtland und Oberlausitz gemeinsam am 6. Oktober, nachmittags 1/2 3 Uhr in Dresden. (Tagungsort: Hotel „Stadt Petersburg“ am Neumarkt, hinter der Frauenkirche. Vom Hauptbahnhof mit Nr. 16 der Straßenbahn.)

Morgens 11 Uhr findet in demselben Lokale eine Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften statt. Die Delegierten werden ersucht, auch hieran vollzählig teilzunehmen.

Für den Gau Niederlausitz findet die Konferenz am 13. Oktober, morgens 10 Uhr im „Bürgerhaus“ zu Spremberg N.-S. statt.

Die Wahl der Delegierten regelt sich nach § 40 des Verbandsstatuts.

Tagesordnung und alles Nähere wird noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß
Hermann Sparenberg, Bezirksleiter.

Bezirk Schlesien.

Am 20. Oktober findet in Landeshut im städtischen Schützenhause unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz statt. Die Ortsgruppenvorstände werden ersucht, die Wahl der Delegierten nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Näheres wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß
G. Jungnickel,
H. Sparenberg.

Literarisches.

Die Elektrizität in der Textilindustrie. Soeben gelangt von der Sammlung illustrierter, gemeinverständlich konographischer, welche unter dem Titel „Die Elektrizität in Industrie und Gewerbe“ bei der Verlagsbuchhandlung Ritz von Criegern, Leipzig, Langestr. 29, erscheint, der erste Band zur Ausgabe.

Derselbe enthält „Obstfelder“, die Elektrizität und die Textilindustrie“, wendet sich an die Textilfachleute und

soll diesen ein zuverlässiger und praktischer Berater bei der Frage sein, ob, und in welcher Weise die Elektrizität in der Textilindustrie nutzbringend verwendet werden kann.

Vom Autor wurde besonders Wert auf die Rentabilitätsfrage, sei es in bezug auf Umgestaltung einer länger bestehenden, älteren Fabrikanlage oder bei Einrichtung eines neuen Betriebes — gelegt, und gerade diese Tatsache macht die Neuerscheinung für die in Frage kommenden Interessenten ganz besonders wertvoll. Darüber, daß sich die Textilindustrie selbst den größten Dienst erweist, wenn der Elektrizität in noch verstärktem Maße als bisher Einzug in ihren Betrieb gewährt wird, besteht kein Zweifel.

Möge das Obstfelder'sche Buch an seinem Teile in dieser Hinsicht Gutes schaffen.

Protokoll der Verhandlungen des letzten internationalen Kongresses christlicher Textilarbeiterorganisationen.

Das Protokoll über die Verhandlungen dieses Kongresses ist erschienen. Wir weisen unsere Leser darauf hin und bitten sie, unverzüglich ihre Bestellungen zu machen.

Die Verhandlungen unseres sechsten internationalen Kongresses waren für die Textilarbeiter besonders interessant und wichtig. Wir weisen nur hin auf die grundsätzlichen, programmatischen Referate, die die Stellung der christlichen Textilarbeiterorganisationen zur Sozialdemokratie und zu unserer Industrie und den Arbeitgebern behandeln. Von großem praktischen Werte aber sind die Referate: „Wie kommen wir zu einem besseren Berufsarbeiterschutz in der Textilindustrie?“ Daraus werden unsere Mitglieder, namentlich diejenigen, die in den Vorständen, Ausschüssen usw. sitzen, oder die als Vertrauensleute tätig sind, eine Menge von Anregungen für ihre praktische Arbeit schöpfen können. Von ganz besonderer Bedeutung sind ferner die Referate über die „Ausländerfrage“. In dem Referate über die „Frauen- und Kinderarbeit“ ist eine Menge von Material zusammengetragen, das unsere Kollegen sehr gut verwerten können. Die Diskussion zu den Referaten ist ziemlich ausführlich wiedergegeben und bietet manche wertvolle Anregungen für jeden Gewerkschaftler.

Unsere Ortsgruppenleiter und Vertrauensleute mögen sich einen systematischen Bericht dieser wertvollen Neuerscheinung angelegen sein lassen. Das ziemlich umfangreiche Protokoll kostet nur 20 Pfennig.

Bestellungen sind an die Zentralstelle in Düsseldorf zu richten.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

- Johann Grooten in Krefeld.
 - Frau Mosmann in Atzenbach.
 - Theresia Eilers in Emsdetten.
 - P. H. I. Ernst in Aachen.
 - Eugen Knops in Schaag.
 - Eduard Otto in Ochtrup.
- Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Willkommen in Oberfeld! — Untersuchungen über den „Arbeiter“. — Die Zukunft Deutschlands und die christlichen Gewerkschaften. — Die Wohnungsfrage und Kreditfrage. — Feuilleton: Aus der Geschichte und Entwicklung der Wuppertaler Textilindustrie. — Allgemeine Rundschau: Agitation unter den früheren Mitgliedern. Konferenz der christlich-nationalen Arbeiterschaft des Niederrheins. — Aus unserem holländischen Bruderverbande. — Können die Gewerkschaften überflüssig werden? — Wer sind die Gründer der „Selben“? — Die „Selben“ protestieren. — Die Steuerleistung im Falle von Arbeitslosigkeit. — Die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1911. — Leuerung und Industrie. — Die Bedeutung der Konsumvereine. — Aus unserer Industrie: Die Aussichten für das deutsche Baumwollgewerbe. — Gewirke Tapeten. — Fusionen in der Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Resultat zur Liste der gewählten Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung in Oberfeld. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Forst (Lautsch). — Sachsen-Thüringen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Cottbus. — Greiz. — Greiz i. Vogtland. — Heidenheim. — Sommerfeld. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Das Problem der Arbeitslosen-Versicherung. — Der Arbeitsnachweis im Rheinland. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Literarisches. — Sterbe-Tafel.



Mitglieder,
agitiert für den Verband!

